

156

**Ministerialdirektor Groepper, z.Z. Wien,
an das Auswärtige Amt**

**Z B 6-1-12676/69 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 514
Cito**

**Aufgabe: 13. Mai 1969, 15.50 Uhr¹
Ankunft: 14. Mai 1969, 08.54 Uhr**

Betr.: Vertragsrechtskonferenz der VN² (Delegationsbericht Nr. 23)

Der in Delegationsbericht Nr. 19 beschriebene Druck gegen uns in Richtung auf ein Nachgeben in der Beitrittsfrage hat sich mit Herannahen der Abstimmung über Art. 62^{bis}³, die möglicherweise schon morgen zu erwarten ist, außerordentlich verstärkt.⁴ Die Versuche eines von Präsident Ago einberufenen Sonderausschusses, den sowjetischen Widerstand gegen den Streitregelungsartikel (Art. 62^{bis}) zu überwinden, sind bisher gescheitert. Die Sowjets bezeichnen offen den Beitritt der Zone als ihr wichtigstes politisches Ziel, von dessen Durchsetzung sie ein Nachgeben bei Art. 62^{bis}, bei dem sie auf eine Sperrminorität rech-

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse van Well vorgelegen.

2 Zum Stand der Verhandlungen der UNO-Vertragsrechtskonferenz, die eine Konvention über internationales Vertragsrecht ausarbeiten sollte, vgl. AAPD 1968, II, Dok. 384 und Dok. 398.

Zur politischen Bedeutung der Konferenz, deren zweite Phase vom 9. April bis 22. Mai 1969 in Wien stattfand, führte Ministerialdirigent Truckenbrodt am 30. April 1969 aus: „Die Sowjetunion benutzt die Verhandlungen über die Konvention, um unter Berufung auf die notwendige Universalität des Vertragsrechts der DDR den Durchbruch zur allgemeinen Anerkennung zu bahnen. [...] Diese Bemühungen der Sowjets, die von arabischen Staaten und einer Anzahl radikaler Entwicklungsländer unterstützt werden, stehen für uns bei der politischen Beurteilung der Konferenz im Vordergrund.“ Es sei jedoch „nach gründlicher Vorbereitung durch Einflußnahme auf nicht gebundene Staaten und in sehr guter Zusammenarbeit mit dem Westen“ gelungen, die „Wiener Formel“, nach der die DDR einem multilateralen Vertrag nur aufgrund einer Einladung durch die UNO-Generalversammlung beitreten kann, als Beitrittsklausel für die Konvention durchzusetzen. Vgl. Referat V 1, Bd. 732.

Für den Wortlaut von Artikel 48 des Wiener Übereinkommens vom 18. April 1961 über diplomatische Beziehungen („Wiener Formel“), vgl. Dok. 112, Anm. 6.

3 Für den Wortlaut des zur Abstimmung ausgelegten Entwurfs von Artikel 62^{bis}, der ein kompliziertes Verfahren für eine obligatorische Streitregelung bis hin zur Anrufung des Internationalen Gerichtshofes in Den Haag vorsah, vgl. UNITED NATIONS CONFERENCE ON THE LAW OF TREATIES, 2. Session, Official Records, New York 1970, S. 137f.

4 Mit Delegationsbericht Nr. 19 vom 8. Mai 1969 berichtete Ministerialdirektor Groepper, z.Z. Wien, über den bisherigen Verlauf der UNO-Vertragsrechtskonferenz vom 9. April bis 22. Mai 1969 in Wien: „In den Wandelgängen wird gleichzeitig eine verstärkte Aktivität der Sowjets erkennbar, die zwar dem äußeren Anschein nach vorwiegend den Streitregelungskomplex betrifft, im sowjetischen Kalkül jedoch letztlich auf die Beitrittsfrage abzielt, von deren Regelung man sich einen wichtigen Schritt auf dem Wege zur völkerrechtlichen Anerkennung der SBZ erhofft.“ Die UdSSR habe gegenüber den Westmächten angedeutet, daß sie ihren Widerstand in der Streitregelungsfrage im Falle von Konzessionen in der Teilnahmefrage aufgeben könnte. „Damit, so deuten sie an, habe der Westen die einmalige Chance, die von ihm gewünschte Streitregelung durchzusetzen! Die sowjetische Taktik ist für uns außerordentlich gefährlich. Die Westmächte stehen zwar gegenwärtig loyal hinter uns. Wir müssen uns aber darüber klar sein, daß namentlich Briten und Amerikaner ein eigenes unmittelbares Interesse an der Streitregelungsfrage haben, andererseits aber auch zu vermeiden wünschen, ggf. mit der Verantwortung für ein dadurch bedingtes eventuelles Scheitern der Konferenz belastet zu werden. Von einem gewissen Zeitpunkt ab könnte sich daher sehr wohl ein Interessengegensatz zwischen uns und den Westmächten ergeben.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 497; VS-Bd. 4435 (II A 4); B 150, Aktenkopien 1969.

nen, abhängig machen. Vermittlungsvorschläge, die auf eine Erklärung der Konferenz hinausließen, die die Einladungsmöglichkeit durch die Vollversammlung unterstreichen würde, scheinen vom Osten unter Hinweis darauf abgelehnt worden zu sein, daß die Beitrittsmöglichkeit für die DDR in der Schlußklausel des Vertrages verankert werden müsse.

Wir sind gestern sowohl vom Präsidenten Ago als auch von dem Vorsitzenden der afro-asiatischen Gruppe, Elias, dringend gebeten worden, eine Geste des Kompromisses zu machen. Die Sowjetunion lasse durchblicken, daß sie ein Verlassen der Konferenz in Erwägung ziehe, wenn ihre Wünsche auf dem Gebiet der Universalität nicht erfüllt würden.

Wir haben demgegenüber auf das überzeugende Votum einer großen Mehrheit der Konferenz hingewiesen. Die Sowjetunion versuche nun, mit einer Minderheit dieses Ergebnis umzustoßen. Dabei weigere sie sich im übrigen standhaft, ihrerseits Kompromißformulierungen anzubieten. Unsere Gesprächspartner erkannten dies an, betonten aber dennoch nachdrücklich die Notwendigkeit unserer Mitarbeit an Kompromißvorschlägen.

Wir haben uns unter diesen Umständen entschlossen, eine Kompromißformel vorzubereiten, die wir den um Vermittlung bemühten Delegationen als Material an die Hand geben wollen. Der Entwurf hält sich innerhalb dessen, was wir als Rückfallposition hätten anbieten können, hat aber den Vorteil, daß er die Wiener Formel im Vertrage unangetastet läßt. Taktisch bringt er uns den Gewinn, daß wir in den Augen einer Mehrheit von Staaten den Beweis erbringen, in unserer Kompromißbereitschaft sehr weit zu gehen. Die Sowjetunion würde hierdurch der Unterstützung einer Anzahl von Staaten beraubt, die jetzt aus Gründen einer falsch verstandenen Fairneß auf ihrer Seite stehen und ein Entgegenkommen fordern.

Gleichzeitig wird darauf hingearbeitet, eine 2/3 Mehrheit für die Annahme des Art. 62^{bis} zu gewinnen. Hierdurch würde der gegen uns gerichtete Druck weiter vermindert werden.⁵

Nachstehend folgt der Text des von uns vorbereiteten Erklärungsentwurfs, der jedoch aus taktischen Gründen nicht als deutscher Vorschlag präsentiert wer-

⁵ Am 16. Mai 1969 berichtete Ministerialdirektor Groepper, z. Z. Wien, die Abstimmung über den Streitregelungsartikel 62^{bis} habe mit der Ablehnung des Artikels und damit mit einer „Niederlage des Westens“ geendet. Es sei nun zu erwarten, daß die UdSSR „versuchen wird, den Druck in Richtung auf die Zulassung der Zone zu verstärken“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 522; Referat V 1, Bd. 734.

Am 21. Mai 1969 wurde der Kompromißvorschlag mehrerer Staaten Afrikas und des Nahen Ostens angenommen, der die Bestimmungen von Artikel 62^{bis} über obligatorische Streitregelung abmilderte. Dadurch wurde ein Schiedsgerichtsverfahren in zwingendes Recht betreffenden Streitfällen obligatorisch, d. h. nach Ablauf von zwölf Monaten, die für eine fakultative Streitregelung beiden Parteien zur Verfügung standen, konnte jede Partei entweder den Internationalen Gerichtshof anrufen oder durch Antrag beim UNO-Generalsekretär das im Artikel vorgesehene Vermittlungsverfahren einleiten. Die Annahme der Empfehlungen des jeweiligen Berichts war jedoch nicht obligatorisch. Für den endgültigen Wortlaut des Artikels über obligatorische Streitregelung (Artikel 66 mit Annex der Konvention über das Recht der Verträge vom 23. Mai 1969) vgl. UNITED NATIONS CONFERENCE ON THE LAW OF TREATIES, 2. Session, Official Records, New York 1970, S. 188.

Gleichzeitig mit der Verabschiedung des Streitregelungsartikels wurde auch die „Wiener Formel“ als Beitrittsklausel von der Mehrheit der Versammlung gegen die Stimmen der Ostblock-Staaten bestätigt. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 545 des Ministerialdirektors Groepper, z. Z. Wien, vom 22. Mai 1969; Referat V 1, Bd. 734.

den soll. Wir werden ihn spätestens morgen und unter dem Vorbehalt der Genehmigung unserer Regierung den Schweden oder Holländern an die Hand geben:

„Draft Declaration on the Principle of Universality in Relation to Participation in the Convention on the Law of Treaties.

The United Nations Conference on the Law of Treaties

- realizing that it would be desirable to open the Convention on the Law of Treaties to universal participation;
 - being aware in the same time, that in some cases claims to statehood are contested and highly controversial;
 - being aware, moreover, that the Convention on the Law of Treaties contains an accession formula which refers to the members of the United Nations, one of the specialized agencies or to parties of the status of the International Court of Justice and provides for the inclusion of other parties into the convention upon invitation of the General Assembly of the United Nations;
 - being aware, furthermore, that the United Nations General Assembly is the appropriate organ in order to deal with political questions arising out of the cases of the contested statehood;
- 1) reminds the United Nations General Assembly of the possibility to include into the Convention on the Law of Treaties after its entry into force cases of contested statehood, by the way of invitation through the General Assembly if the majority of states wishes to include them, without taking thereby any stand in the question of recognition or statehood;
 - 2) requests the Secretary General of the United Nations to bring the present declaration to the knowledge of the General Assembly of the United Nations;
 - 3) decides that the present declaration shall form part of the final act of the Conference on the Law of Treaties.“

[gez.] Groepper

VS-Bd. 4435 (II A 4)

157

**Botschafter Grewe, Brüssel (NATO),
an das Auswärtige Amt**

**Z B 6-1-12706/69 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 679**

**Aufgabe: 15. Mai 1969, 15.00 Uhr¹
Ankunft: 15. Mai 1969**

Auf Plurex Nr. 2018 vom 13.5.; II A 1-85.50/1 VS-NfD²

Betr.: TTD-Frage

1) In Sitzung des NATO-Rats am 14. Mai hat dänischer Botschafter die Abschaffung des TTD-Systems vorgeschlagen. In einer vorbereiteten Erklärung, deren Text mit Kurier vorgelegt wird, legte er nach kurzer (und nicht ganz zutreffender) Darstellung der Geschichte des TTD-Systems die Schwierigkeiten dar, die Dänemark mit der TTD-Regelung habe, und betonte, daß die dänische Öffentlichkeit für diese Schwierigkeiten kein Verständnis aufbringe. Botschafter Hjorth-Nielsen behauptete, daß die TTD-Regelung überlebt sei und von dem Ostberliner Regime propagandistisch gegen den Westen ausgenutzt werde. Solche Nachteile könnten selbst durch weitere Erleichterungen der gegenwärtigen TTD-Praxis nicht beseitigt werden. Deshalb schlage seine Regierung die völlige Abschaffung des Systems vor. Die dänische Regierung glaube, daß die Visierung eines von der Ostberliner Regierung ausgestellten Passes noch keine Anerkennung der Zone impliziere. Viele Länder, deren Nichtanerkennungspolitik außer Zweifel stehe (wie Schweden), akzeptierten Zonenpässe. Trotzdem würde Dänemark bereit sein, einer Regelung zuzustimmen, derzufolge ostdeutsche Pässe nur als Identitätsbeweis akzeptiert würden, während das Visum auf einem separatem Papier erteilt werden könnte. Sicherheitsfragen, die im Zusammenhang mit der Einreise von Einwohnern des anderen Teils Deutschlands aufräten, könnten in nationalen Verordnungen befriedigend gelöst werden.

Botschafter Hjorth-Nielsen bat darum, die dänischen Vorschläge als dringliche Angelegenheit im Rat prüfen zu lassen und gegebenenfalls den politischen Ausschuß mit der Ausarbeitung der Einzelheiten zu beauftragen.

2) Der norwegische Botschafter³ schloß sich – wenn auch mit sichtbarer Zurückhaltung – der dänischen Erklärung an. Dagegen erklärte der isländische Botschafter⁴, er habe zwar Weisung, dem dänischen Vorschlag zuzustimmen,

1 Hat Bundesminister Brandt vorgelegen, der mit Begleitvermerk vom 17. Mai 1969 handschriftlich für Vortragenden Legationsrat I. Klasse Ritzel notierte: „BM Wehner, der um Stellungnahme zur TTD-Frage gebeten wurde, sollte dies z[ur] K[enntnis] erhalten.“ Vgl. VS-Bd. 10057 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1969.

Zur Stellungnahme des Bundesministers Wehner vom 22. Mai 1969 vgl. Dok. 170, besonders Anm. 3.

2 Ministerialdirektor Ruete teilte mit, daß Dänemark im Ständigen NATO-Rat die Abschaffung der TTD-Regelung vorschlagen werde. Die Bundesregierung teile in dieser Frage den Standpunkt der Bonner Vierergruppe, wonach die bisherige Regelung beibehalten werden sollte. Vgl. dazu Referat II A 1, Bd. 1190.

3 Georg Kristiansen.

4 Niels Sigurdsson.

halte es aber für richtig, ihn im Zusammenhang mit dem zu erwartenden Bericht der Bonner Vierergruppe (vgl. Ziffer 4) zu prüfen.

3) Der niederländische Botschafter⁵ erklärte, daß die dänische und norwegische Regierung in bilateralen Demarchen um Unterstützung ihres Standpunktes gebeten hätten. Seine Regierung müsse aber einige Fragezeichen anbringen. Die Niederlande hätten häufig Anlaß gehabt, das TTD-System zu kritisieren, und hätten wiederholt Änderungen verlangt, die auch meist mit einiger Verzögerung erfolgt seien. Das TTD-System sei aber bisher als wirksame Waffe im Verhandlungssarsenal des Westens angesehen worden. Bevor man seine Abschaffung verlange, müsse man die Frage beantworten, ob diese Waffe nunmehr überflüssig sei. Die niederländische Regierung sei nicht dieser Meinung und wende sich entschieden gegen einseitige Konzessionen gegenüber dem Osten. Seiner Regierung sei in Bonn versichert worden, daß die Vierergruppe von sich aus eine Modifizierung des TTD-Systems anstrebe, die schon in kürzester Zeit erwartet werden könne.⁶ Unter diesen Umständen frage er sich, warum die dänische Regierung, der diese Tatsache doch sicherlich bekannt sei, mit solch verzweifelter Hast einen dermaßen drastischen Vorschlag vorbringe. Im übrigen sei man im Haag erstaunt gewesen, aus der dänischen Note zu erfahren, daß Außenminister Hartling beabsichtige, den dänischen Vorschlag am gleichen Tage, an dem er im NATO-Rat diskutiert würde, im Folketing bekanntzugeben. (Zu dieser Bemerkung erklärte der dänische Botschafter, Hartling habe am 14. Mai im dänischen Parlament keine Erklärung abgegeben.)

4) Gemäß vorheriger Absprache im Vierer-Rahmen gab der britische Botschafter⁷ folgende Erklärung der Bonner Vierergruppe bekannt:

„My authorities welcome the Danish initiative in so far as it highlights the importance of formulating and maintaining a common NATO position on issues related to the German question. We are aware of the special problems which certain NATO states face in applying the current temporary travel document (TTD) rules.

It is with this in mind that the Bonn group has itself been reviewing the TTD system with a view to its further liberalisation. This review is now in its final stage and is almost ready for distribution and discussion here. The report will contain a recommendation for a further broad liberalisation, aimed at eliminating the difficulties encountered by NATO countries. But it is our view that the system as such continues to serve goals which are considered important by the alliance and should be maintained and supported by all members of the alliance. We accept the proposal that the Danish initiative should be discussed here and it is our view that this might most usefully be done in conjunction with the Bonn group report.“

5) Amerikanischer Botschafter⁸ und französischer Gesandter⁹ schlossen sich dieser Erklärung an.

⁵ Hendrik Boon.

⁶ Zu den Beratungen in der Bonner Vierergruppe vgl. Dok. 153.

⁷ Bernard Burrows.

⁸ Harlan Cleveland.

⁹ Jacques Kosciusko-Morizet.

- 6) Auch ich stimmte der Erklärung zu und fügte unter Hinweis auf den vorletzten Satz der britischen Erklärung und auf die Ausführungen des niederländischen Botschafters hinzu, daß das TTD-System keineswegs überlebt sei. Es bleibe eine wichtige Waffe¹⁰ zur Abwehr von Übergriffen der anderen Seite. Wenn die dänische Öffentlichkeit den westlichen Reisebeschränkungen für gewisse Personengruppen aus der SBZ mit Unverständnis begegnete, so könne ich nur bemerken, daß die deutsche Öffentlichkeit sehr empfindlich auf die vom Ulbricht-Regime über den Rest der Bevölkerung des anderen Teils Deutschlands verhängten Reisebeschränkungen reagiere. Durch die Entscheidungen der irakischen und kambodschanischen Regierung¹¹ seien wir in einer gerade im jetzigen Zeitpunkt heiklen Lage; die Bundesregierung sei im Begriff, über die zu ergreifenden Maßnahmen zu beraten. Dies sei ein sehr unglücklicher Zeitpunkt, um die Abschaffung einer Regelung zu beschließen, die dem Ulbricht-Regime immer sehr lästig gewesen sei. Im übrigen arbeite die Allianz im Augenblick an der Aufstellung des Katalogs von Fragen, über die mit dem Osten verhandelt werden könne (Artikel 5 des Washingtoner Communiqués¹²). Ich könnte mir vorstellen, daß das TTD-System irgendwo in diesem Katalog einen Platz finden werde, und hielte es für unzweckmäßig, eine solche Verhandlungsposition aufzugeben, bevor wir überhaupt begonnen hätten, unsere Faustpfänder¹³ zu überprüfen. Ich wies in diesem Zusammenhang auf die Erklärung des Herrn Bundesministers vor dem Überseetag am 7. Mai 1969 hin, wonach zunächst eine Klärung des Verhältnisses zwischen den beiden Teilen Deutschlands erreicht werden müsse, bevor es zu einer Europäischen Sicherheitskonferenz kommen könne.¹⁴ Dieser klärende Prozeß würde durch einseitige Konzessionen von westlicher Seite schwerwiegend gefährdet.
- 7) Der amerikanische, niederländische, französische und türkische¹⁵ Vertreter unterstützte meine Ausführungen, wobei der niederländische Botschafter vorschlug, im Rahmen der Beratungen über den Themenkatalog den Wert des TTD-Systems als Verhandlungsfaktor zu prüfen.
- 8) Außer den beiden übrigen skandinavischen NATO-Partnern unterstützte keine Delegation den dänischen Vorschlag. (Kanadischer Botschafter¹⁶, der noch ohne Weisung war, begrüßte lediglich, daß das TTD-System wieder im Rat besprochen werde und wünschte Beschleunigung dieser Beratung.)
- 9) Da der dänische Botschafter auf der weiteren Behandlung seines Vorschlags insistierte, wurde beschlossen, die Angelegenheit in der Ratssitzung am 21. Mai erneut auf die Tagesordnung zu setzen. Falls bis dahin der Bericht der

10 Die Worte „wichtige Waffe“ wurden von Bundesminister Brandt hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

11 Die DDR wurde am 30. April 1969 durch den Irak und am 8. Mai 1969 durch Kambodscha anerkannt. Vgl. dazu Dok. 148 und Dok. 159.

12 Für den Wortlaut von Ziffer 5 des Communiqués der NATO-Ministerratstagung vom 11. April 1969 vgl. Dok. 146, Anm. 18.

13 Die Worte „unsere Faustpfänder“ wurden von Bundesminister Brandt hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

14 Zur Rede des Bundesministers Brandt in Hamburg vgl. Dok. 155.

15 Muhammed Nuri Birgi.

16 Ross Campbell.

Bonner Vierergruppe noch nicht vorliegt, soll die Diskussion zum nächstmöglichen Zeitpunkt fortgesetzt werden.¹⁷

10) Auf meine Fragen, ob wir damit rechnen könnten, daß die dänische Regierung über ihren Vorschlag erst dann öffentlich sprechen werde, wenn er in der NATO abschließend behandelt worden sei, antwortete der dänische Botschafter ausweichend.

11) Der dänische Botschafter hat den spezifischen Fall (Volkskammer-Mitglieder) in seiner Erklärung nur als Beispiel erwähnt. Dem dänischen Gesandten¹⁸, der im Anschluß an die Ratssitzung auf diesen Fall zu sprechen kam, wurde der Standpunkt der Bundesregierung gemäß erstem Absatz des Bezugserlasses mitgeteilt.

[gez.] Grewe

VS-Bd. 10057 (Ministerbüro)

158

Botschafter Pauls, Washington, an das Auswärtige Amt

**Z B 6-1-12724/69 geheim
Fernschreiben Nr. 1132
Cito**

**Aufgabe: 16. Mai 1969, 12.10 Uhr¹
Ankunft: 16. Mai 1969, 17.58 Uhr**

Betr.: Devisenausgleich
hier: Expertengespräche in Washington

1) Die bei der ersten Verhandlungsrunde in Washington² vereinbarten Expertengespräche über noch zu klärende Einzelpunkte des deutschen Angebotes haben vom 13.–15. Mai in Washington stattgefunden. Die deutsche Gruppe, aus Vertretern des AA, BMWi, BMF und der Bundesbank bestehend, wurde von VLR I Dr. Hermes geleitet. – Auf amerikanischer Seite führte Deputy Assistant Secretary Thomas Enders (State Department) den Vorsitz über eine wechselnde Gruppe von Sachverständigen des State Department, der Treasury, der Eximbank und der Entwicklungsbehörde AID³; vorübergehend waren

¹⁷ Am 12. Juni 1969 berichtete Botschafter Grewe, Brüssel (NATO), über die Weiterbehandlung der TTD-Frage auf der Sitzung des Ständigen NATO-Rats vom Vortag. Dabei hätten sich, außer Dänemark und Norwegen, alle Mitglieder für die „Beibehaltung des TTD-Systems als Institution“ ausgesprochen. Die dänische Regierung habe daraufhin erklärt, ihren Antrag auf Abschaffung der TTD-Regelung zunächst nicht weiterzuverfolgen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 835; VS-Bd. 2753 (I A 5); B 150, Aktenkopien 1969.

¹⁸ Ole Bierring.

¹ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Behrends vorgelegen.

² Zu den deutsch-amerikanischen Devisenausgleichsverhandlungen vom 1./2. Mai 1969 vgl. Dok. 142.

³ Agency for International Development.

auch das Handels- und das Transportministerium vertreten, nicht jedoch das Weiße Haus.

Die Besprechung verlief insofern enttäuschend, als die amerikanische Seite statt des erwarteten gegenseitigen Informationsaustausches über Einzelfragen und Verbesserungsmöglichkeiten des deutschen Lösungsvorschlags überraschend ein eigenes Lösungskonzept vorlegte, das über die deutschen Vorschläge volumenmäßig hinausgeht, qualitativ vom deutschen Schema verschieden ist und eine höhere Belastung des deutschen Haushalts zur Folge haben würde. Über die Einzelheiten wird VLR I Dr. Hermes mündlich berichten.⁴

2) Ich beabsichtige, falls keine Gegenweisung erfolgt, Anfang kommender Woche bei Deputy Under-Secretary Samuels und an leitender politischer Stelle im State Department und im Weißen Haus – als persönliche Reaktion – meine Enttäuschung über den Verlauf der Expertengespräche zum Ausdruck zu bringen. Bei Abschluß der ersten Verhandlungs runde am 1.-2. Mai habe die deutsche Seite berechtigten Anlaß zu der Überzeugung gehabt, die beiderseitigen Vorstellungen von einer zufriedenstellenden Lösung seien einander soweit angehert, daß – nach Klärung von Detailfragen und nach Anpassung einzelner Teilaспект e des deutschen Angebotes an amerikanische Wünsche – eine Einigung über ein Zweijahresabkommen bei der für Anfang Juni vorgesehenen Verhandlungs runde⁵ erreichbar, ja wahrscheinlich sei. Nun seien wir, durch die Vorlage einer qualitativ und quantitativ vom bisher erörterten Lösungsschema völlig verschiedenen Konzeption, zu der die Experten naturgemäß nicht hätten Stellung nehmen können, auf das Anfangsstadium der Verhandlungen zurückgeworfen. Da die amerikanischen Vorschläge eingehender Prüfung durch die beteiligten deutschen Ressorts bedürften, könne es bei der bevorstehenden zweiten Verhandlungs runde bestenfalls zu einer vergleichenden Erörterung der beiden verschiedenen Lösungsvorschläge, kaum aber schon zu einer Einigung kommen. Diese Verzögerung hielte ich aus sachlichen und politischen Gründen für äußerst bedauerlich. Auch in der Öffentlichkeit werde der nach der ersten Verhandlungs runde entstandene positive Eindruck, man habe zügige Fortschritte erzielt, dem einer mehr skeptischen Einstellung Platz machen; möglicherweise komme es sogar zu Diskussionen in der Presse, die dazu beitragen könnten, den Bewegungsspielraum beider Regierungen einzuengen. Das amerikanische Verhalten ist eine Art Rückfall in frühere Verhandlungsmethoden. Wir sollten das nicht hinnehmen und ich werde das, auch im Weißen Haus, klar-

⁴ Am 16. Mai 1969 erörterte Vortragender Legationsrat I. Klasse Hermes die Ergebnisse der deutsch-amerikanischen Sachverständigengespräche vom 13./14. Mai in Washington. Die beiderseitigen Standpunkte seien „beträchtlich weiter voneinander entfernt, als nach der ersten Verhandlungs runde angenommen werden konnte“. Dies läge daran, daß die amerikanische Regierung eine feste Verhandlungsposition erst nach den Gesprächen vom 1./2. Mai 1969 vereinbart habe. Die amerikanischen Vorschläge zielen auf eine nur einjährige Vereinbarung und einen Ausgleich der Devisenkosten von 87 % ab. Dadurch seien die Vorschläge der Bundesregierung „in qualitativer und quantitativer Hinsicht so stark“ verändert worden, daß eine Annäherung der Positionen sich schwierig und langwierig gestalten werde. Vgl. Referat III A 5, Bd. 681.

⁵ Zu den Verhandlungen vom 2./3. Juni 1969 in Bonn vgl. Dok. 201.

machen. Das amerikanische Konzept ist schon vor der deutschen Entscheidung zur DM-Frage⁶ in Arbeit gewesen und keine Reaktion auf diese.⁷

[gez.] Pauls

VS-Bd. 8763 (III A 5)

159

Aufzeichnung des stellvertretenden Regierungssprechers Ahlers

16. Mai 1969¹

- 1) Der Fall Kambodscha² und der durch die Kabinettsentscheidung³ gegebene Zeitgewinn enthalten die Möglichkeit, grundsätzlich eine Modifizierung der Anwendung der Hallstein-Doktrin zu bedenken. Zweifellos gibt es gute Argumente dafür, die Beziehungen zu Kambodscha voll und ganz abzubrechen, vor allem das Argument der Abschreckung in einem Augenblick, in dem offenbar auch andere Länder mit dem Gedanken einer Anerkennung der DDR spielen. Aber früher oder später wird man doch wieder vor einer gleichen Situation stehen und deshalb stellt sich die Frage, ob man nicht durch eine flexiblere Politik das Ziel, eine internationale Aufwertung der DDR zu verhindern, auf lange Sicht besser erreichen kann.
- 2) Was Kambodscha angeht, so ist das sprunghafte Verhalten seines Herrschers⁴ international bekannt. Es ist auch denkbar, daß die endgültige Abberufung des Botschafters⁵ und weitere Akte der Distanzierung ausreichend sind, um jedenfalls solche Staaten von einer Aufnahme diplomatischer Beziehungen

⁶ Zur Entscheidung der Bundesregierung vom 9. Mai 1969, die DM nicht aufzuwerten, vgl. Dok. 151, Anm. 4.

⁷ Vgl. dazu weiter Dok. 185.

¹ Hat Bundesminister Brandt vorgelegen.

² Am 8. Mai 1969 berichtete Botschafter Eick, Phnom Penh, die kambodschanische Regierung habe „völlig unerwartet“ beschlossen, die Vertretung der DDR in den Rang einer Botschaft zu erheben. Der kambodschanische Außenminister Phourissara habe dies ihm gegenüber damit begründet, daß Präsident Sihanouk dem Außenminister der DDR, Winzer, schon im März 1968 einen entsprechenden Schritt versprochen habe. Vgl. den Drahtbericht Nr. 30; Referat I B 5, Bd. 467.

³ Am 14. Mai 1969 erklärte Staatssekretär Diehl, Presse- und Informationsamt, daß die Bundesregierung als Reaktion auf die Anerkennung der DDR durch Kambodscha ihren Botschafter vorläufig aus Phnom Penh abberufen habe und den in der Bundesrepublik und Frankreich akkreditierten Botschafter Kambodschas, Voeunsaï, zur „Aufklärung“ ins Auswärtige Amt gebeten habe. Weitere Maßnahmen, wie etwa der Abbruch der Beziehungen, seien vorbehalten. „Der Fall Kambodscha sei besonders gravierend, da er einen schweren Verstoß gegen Treu und Glauben im internationalen Verkehr darstelle.“ Vgl. die Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse von Bredow vom 14. Mai 1969; Referat I B 5, Bd. 467.

Vgl. dazu weiter Dok. 161.

⁴ Prinz Samdech Norodom Sihanouk.

⁵ Hans Joachim Eick.

zur DDR abzuhalten, die sich in keiner politischen Zwangslage befinden und die auf Beziehungen zu uns einen großen Wert legen. Umgekehrt ist zu befürchten, daß ein Abbruch diplomatischer Beziehungen durch uns keine abschreckende Wirkung auf solche Länder hat, die auf Grund ihrer eigenen Interessenlage glauben, einer Anerkennung der DDR nicht ausweichen zu können.

3) Es ist nicht zu leugnen, daß unsere eigenen Bemühungen um eine Verbesserung der innerdeutschen Beziehungen, wenn sie einmal erfolgreich sein sollten, dazu beitragen werden, die Vorbehalte anderer Staaten gegenüber der DDR zu vermindern. Es gibt auch Anzeichen dafür, daß unsere Forderung nach strikter Erfüllung der Hallstein-Doktrin unsere Beziehungen zu einzelnen Ländern belastet und daß unsere Gegenwirkungsmöglichkeiten größer sein würden, wenn wir diesen Ländern einen gewissen Spielraum in der Gestaltung ihrer Beziehung zu Ostberlin gestatten würden, besonders auf handelspolitischem Gebiet.

4) Eine Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zu einer größeren Anzahl arabischer Staaten erscheint schließlich kaum denkbar, ohne daß wir eine diplomatische Präsenz in diesem Raum in Kauf nehmen. Es ist ausgeschlossen, daß Präsident Nasser die DDR-Mission entläßt, solange er auch nur annähernd seine bisherige Politik beibehält. Andererseits bleibt Kairo der Schlüssel für eine Verbesserung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den arabischen Ländern.

5) Die Obersätze einer differenzierteren Handhabung der Hallstein-Doktrin müßten sein:

- a) die Bundesregierung reagiert jeweils in der Weise, welche das deutsche Interesse am besten zu wahren geeignet ist;
- b) die Bundesregierung sucht den Grad der internationalen Anerkennung, den die DDR in der Welt genießt, mitzubestimmen und diese Mitbestimmung als Mittel ihrer Politik auch gegenüber Ostberlin einzusetzen;
- c) der Abbruch diplomatischer Beziehungen zu einem Staat, der die DDR anerkennt, bleibt ein Mittel der deutschen Politik, braucht aber nicht in jedem Fall eingesetzt zu werden.

6) Wenn man nach diesem Schema verfährt, könnte in der Praxis die Welt in verschiedene Zonen eingeteilt werden:

- a) von unseren NATO-Verbündeten und von befreundeten Staaten könnte weiterhin verlangt werden, daß sie keinerlei offizielle Beziehungen zu Ostberlin unterhalten, ausgenommen Handelskontore;
- b) auch in den Ländern des kommunistischen Blocks bleibt es bei der bisherigen Regelung, daß zwei deutsche diplomatische Vertretungen nebeneinander bestehen und daß alle Anstrengungen gemacht werden, um die Vertretung der Bundesrepublik als Botschaft zu führen;
- c) in den Regionen, die wie jetzt die arabischen Staaten mehr nach Moskau orientiert sind, können diplomatische Ersatzvertretungen der DDR geduldet werden, auch wenn volle diplomatische Beziehungen zur Bundesrepublik bestehen. In Ländern, welche wie der Irak volle diplomatische Beziehungen zur DDR unterhalten, sollte auf einen Abbau dieser Beziehung hingewirkt werden; so lange dies nicht gelingt, sollte die Bundesrepublik wenigstens einen eigenen diplomatischen Stab oder ein Generalkonsulat unterhalten;

d) in den übrigen Ländern sollte der Kampf gegen eine Aufwertung der DDR fortgesetzt werden, wobei je nach den Umständen konsularische Befugnisse von DDR-Vertretungen toleriert werden könnten.

7) Ein besonderes Problem bilden die Internationalen Organisationen. Hier sollte geprüft werden, ob es nicht solche Organisationen gibt, wo das Interesse der deutschen Bevölkerung in der Zone es gebietet, daß Ostberlin der Eintritt gestattet wird, und ob darüber nicht Gespräche zwischen Bonn und Ostberlin stattfinden könnten.

C. Ahlers

Willy-Brandt-Archiv, Bestand Außenminister

160

Botschafter Arnold, Den Haag, an das Auswärtige Amt

Z B 6-1-12744/69 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 192

Aufgabe: 17. Mai 1969, 13.30 Uhr¹
Ankunft: 17. Mai 1969, 14.51 Uhr

Gleichlautend Bundesminister der Verteidigung (Büro StS)

Betr.: Besuch von Staatssekretär von Hase in Den Haag

I. Der Staatssekretär (Heer) im Verteidigungsministerium, Haex, bat mich gestern zu sich und führte im Hinblick auf den für den 9.-10. Juni vorgesehenen Besuch von Staatssekretär von Hase folgendes aus:

Er, Haex, sei besonders daran interessiert, in einem persönlichen Gespräch von StS von Hase zu hören, wie bei uns die Feindbedrohung und im Hinblick auf sie die Verteidigungsplanung innerhalb der NATO eingeschätzt werde. Ferner erhoffe er sich einen eingehenden und freimütigen Gedankenaustausch über die weitere Entwicklung der deutsch-niederländischen Zusammenarbeit auf rüstungswirtschaftlichem Gebiet. Hierbei werde er zu seinem Bedauern allerdings auch seine tiefe Enttäuschung über den gegenwärtigen Stand der Dinge zum Ausdruck bringen müssen.

Es sei bekannt, daß er seit langem konsequent für eine intensivere militärische Zusammenarbeit mit Deutschland eentrete. Er halte dies nicht nur aus militärischen Gründen für sinnvoll, sondern glaube, daß diese als Gegengewicht gegen die traditionell starke Bindung an Großbritannien auch politisch vernünftig sei. Die unter diesem zweifachen Gesichtspunkt getroffene Entscheidung für den Kampfpanzer „Leopard“² bereite auch heute noch, nicht nur dem Ver-

¹ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Forster am 20. Mai 1969 vorgelegen, der handschriftlich für Vortragenden Legationsrat Racky anmerkte: „Das klingt ja nicht gut. Wie weit ist es berechtigt?“

Hat Racky vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Gesamtbilanz ist für Holland positiv (II A 7).“

² Am 30. Dezember 1968 berichtete die Presse, daß die niederländische Regierung den Kauf von 415 Panzern des Typs „Leopard“ beschlossen habe, um die bisherigen Panzer britischer Provenienz zu er-

teidigungsminister und ihm selbst im Kabinett vor allem gegenüber dem Außenminister³, sondern der niederländischen Regierung auch gegenüber Großbritannien immer noch Schwierigkeiten. Sie sei den Niederländern von den Briten z.B. unlängst bei Verhandlungen über Landerechte für die KLM⁴ in Hongkong wieder vorgehalten worden. Leider habe sich nun die niederländische Hoffnung, auf der Grundlage des „Leopard“-Abkommens die deutsch-niederländische Rüstungszusammenarbeit in einer auch für die Niederlande nicht nur militärisch, sondern auch wirtschaftlich nützlichen (und damit gegenüber dem Parlament vertretbaren) Form auszubauen, bisher nicht erfüllt. Auf meine Frage räumte Haex allerdings ein, daß er mit der wirtschaftlichen Kompensation im Rahmen des „Leopard“-Abkommens und auch mit der rein militärischen Zusammenarbeit im Heeresbereich zufrieden sei. In den ausschlaggebenden Bereichen sei jedoch bisher nichts erreicht worden.

Die mit Rücksicht auf die deutsch-amerikanischen Zahlungsbilanzprobleme in der Frage des 3-D-Radar für die Marine gegen die Niederlande getroffene Entscheidung habe ihn und nicht nur ihn hier sehr betroffen. Meinen Einwand, daß nach meiner Kenntnis die Entscheidung in erster Linie unter militär-technischen Gesichtspunkten gefällt worden sei, begegnete Haex mit der ironisch betonten Bemerkung, die Techniker seien heutzutage über die Grenzen hinweg ständig in so engem Kontakt, daß es unter Fachleuten auf diesem Gebiet kaum noch Geheimnisse gebe.

Bedauerlicherweise sei nach dem gegenwärtigen Stand der Dinge auch nicht auszuschließen, daß sich auch in der Frage der Entwicklung des MRCA⁵ der niederländische und der deutsche Weg trennten. Auf meinen Einwand, daß mir der neueste Stand der Dinge zwar nicht in allen technischen Einzelheiten bekannt sei, ich aber doch den Eindruck hätte, daß sich hier die Niederlande von der gemeinsamen multilateralen Arbeit zurückzögen, entgegnete Haex lebhaft, was jetzt unter starkem britischen Einfluß verhandelt werde, sei etwas ganz anderes, als das ursprüngliche, auf niederländische Initiative zurückgehende Konzept; hierzu könne mir Verteidigungsminister Den Toom sicher noch mehr sagen. Schließlich ließen die Dinge in der Frage des Luftabwehrsystems für das Heer auch nicht gut. Zur Zeit würden in Deutschland und in den Niederlanden die Einführung von unterschiedlichen Waffensystemen erwogen: In Deutschland die von Rheinstahl entwickelte 30-Millimeter-Kanone; sicher nicht zuletzt auch unter gewissem Einfluß von interessierten Bundestagsabgeordneten. In den Niederlanden erwäge man die Einführung der von Oerlikon entwickelten 35-Millimeter-Kanone; in dies Projekt sei bereits viel Geld investiert worden, die Elektronik solle in den Niederlanden gebaut werden. Er, Haex, wolle mit StS von Hase eingehend über die Möglichkeit einer Zusammenarbeit sprechen. Auf meinen Einwand, daß die bisherigen Erfahrungen (zum Beispiel die deutsch-französische Entwicklung im Panzerbau vor einigen Jahren) gezeigt hätten, daß länger parallel vorangetriebene nationale Entwick-

Fortsetzung Fußnote von Seite 598

setzen. Vgl. dazu die Meldung „Holland kauft 415 Leopard-Panzer“, SÜddeutsche Zeitung vom 30. Dezember 1968, S. 2.

³ Joseph Luns.

⁴ Koninklijke Luchtvaart Maatschappij.

⁵ Zur geplanten Entwicklung eines neuen Kampfflugzeugs (MRCA) vgl. Dok. 27, Anm. 8.

lungen sich kaum oder nur noch sehr schwer zu einem gemeinsamen Projekt vereinen ließen und die Möglichkeiten der Regierungen, sich für das ausländische System zu entscheiden, eingeschränkt seien, erwiderte Haex, gerade darum müsse man sehr bald miteinander sprechen.

Haex schloß seine Ausführungen mit einer längeren Darlegung seiner Besorgnis hinsichtlich des immer größer werdenden Abstandes zwischen der militärischen Potenz des Warschau-Paktes und der konventionellen Potenz der NATO in Europa. Während 1951 noch 6 v. H. des Bruttosozialproduktes für Verteidigungsaufgaben aufgewandt worden seien, sei man nun bei 3,9 und werde 1975 voraussichtlich bei 2,7 v. H. angelangt sein, während man im Warschau-Pakt heute bei 10,4 v. H. sei und sich der Prozentsatz wie bisher auch in der Zukunft weiter steigern werde. Man beobachte diese Entwicklung hier mit großer Sorge, da man hier seit der Flutkatastrophe von 1953 eine fest eingewurzelte Theorie habe: Damals hätte das nach allen Vorausberechnungen nicht zu erwartende Zusammentreffen einer an sich seltenen Springflut mit einem ungewöhnlich starken Wind aus einer ungewöhnlichen Richtung zur Katastrophe geführt, da für diese seltene Situation – wie man vorher wußte – die Dämme zu schwach waren. Heute sei die Ordnung in Europa nicht so gefestigt, daß ein vergleichbares Zusammentreffen von politisch-militärischen Umständen und damit ein Dammbruch vollkommen ausgeschlossen sei.

Ich erwiderte, daß man bei uns die Entwicklung der letzten Jahre, während der die tatsächliche militärische Dislozierung an der östlichen Verteidigungslinie immer dünner geworden sei, ebenfalls mit Sorge verfolge, daß ich zu diesem Thema aber im einzelnen Herrn StS von Hase nicht vorgreifen wolle.

II. Die Ausführungen von StS Haex fassen im wesentlichen das zusammen, worauf in der Vorberichterstattung der Botschaft an das Auswärtige Amt⁶ und des Militärattachés⁷ an das Bundesverteidigungsministerium bereits hingewiesen worden ist. Sie gewinnen dadurch Gewicht, daß Haex das über einstündige Gespräch mit mir bewußt mit dem Ziel geführt hat, damit den Boden für sein Vier-Augen-Gespräch mit StS von Hase vorzubereiten, um bei diesem möglichst schnell zu Ergebnissen zu kommen. Ferner muß berücksichtigt werden, daß Haex sich (auch im Vergleich mit Den Toom und den Staatssekretären van Es und Duynstee) persönlich und damit politisch besonders stark für die deutsch-niederländische Zusammenarbeit engagiert hat, und daß Den Toom gegenwärtig im Kabinett Schwierigkeiten hat, sein Programm durchzusetzen. Bisher soll der Finanzminister⁸ die Zuweisung zusätzlicher Mittel, die durch die Einführung der Mehrwertsteuer und die mit ihr einhergehende Verteuerung für die Durchführung der bisher festgelegten Planung erforderlich wurde, abgelehnt haben. Entgegen sonst allgemeiner Übung sind in der Kammerdebatte vom letz-

⁶ Am 15. Februar 1969 faßte Botschafter Arnold, Den Haag, Äußerungen des niederländischen Verteidigungsministers zum Projekt eines neuen Kampfflugzeugs (MRCA) zusammen. Den Toom sei der Meinung, daß „die Bundesrepublik und die Niederlande ähnlich wie bei dem NKF-Projekt auch bei der Rüstungsproduktion für das Heer in mancher Hinsicht im gleichen Boot säßen. Es wäre daher gut, wenn man in all den konkreten Fällen, in denen dies möglich sei, eine enge Zusammenarbeit anstrebe.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 55; Referat II A 7, Bd. 1294.

⁷ Erhard Freiherr von Thielmann.

⁸ Hendrikus Johannes Witteveen.

ten Mittwoch⁹ eindeutige Hinweise auf diese Schwierigkeiten im Kabinett an die Öffentlichkeit gedrungen. Die Ausführungen von Den Toom im Parlament werden hier teilweise als Ankündigung eines von ihm möglicherweise erwogenen Rücktritts interpretiert. Gerüchte wollen ferner wissen, daß Haex durch die Auseinandersetzungen mit dem Finanzministerium so überarbeitet sei, daß ihm vom Ministerpräsidenten¹⁰ einige Tage Urlaub verordnet worden seien. (In dem Gespräch mit mir machte Haex allerdings einen eher – wie immer – temperamentvollen als überarbeiteten Eindruck.)

Unverkennbar kam in den Ausführungen von Haex die hiesige Enttäuschung über den Gang der Dinge in der Frage des 3-D-Radar zum Ausdruck. Hierbei spielte offensichtlich auch die Tatsache eine Rolle, daß auf die niederländische Bitte, vor der Entscheidung in Bonn nochmals miteinander Kontakt aufzunehmen, nicht eingegangen und auf die entsprechenden niederländischen Demarchen von Bonn aus niederländischer Sicht verzögerlich reagiert wurde.

Ich würde es unter diesem Gesichtspunkt für gut halten, wenn Herr StS von Hase eine Initiative ergreifen könnte, um während seines Besuches in Den Haag auch den Staatssekretären van Es und Duynstee, denen er ansonsten nur im gesellschaftlichen Rahmen begegnen würde, einen Höflichkeitsbesuch abzustatten.

Im einzelnen wird das Gespräch zwischen StS Haex und StS von Hase vermutlich von niederländischer Seite bei dem Thema Heeresluftabwehr konkretisiert werden.¹¹

Von dem Gespräch über die Lagebeurteilung dürfte sich Haex vermutlich aus den deutschen Darlegungen unterstützende Argumente für die Diskussion über die Verteidigungsfinanzierung im hiesigen Kabinett erhoffen.

Ich bitte um Weisung, falls ich der Anregung von Haex folgend nochmals mit Den Toom über die niederländische Haltung zum MRCA sprechen soll.¹²

Auf die Bedeutung, welche aus hiesiger Sicht einer engeren und ausbalancierten deutsch-niederländischen Zusammenarbeit auf militärischem Gebiet (unter wohlverstandener Berücksichtigung der gegebenen Größenordnung) auch unter außenpolitischen Gesichtspunkten beizumessen ist, habe ich in der Vorberichterstattung bereits hingewiesen.

[gez.] Arnold

VS-Bd. 2716 (I A 3)

9 14. Mai 1969.

10 Piet de Jong.

11 Staatssekretär von Hase, Bundesministerium der Verteidigung, und der Staatssekretär im niederländischen Verteidigungsministerium, Haex, trafen sich am 9./10. Juni 1969 in Den Haag.

12 Am 30. Juni 1969 gab die niederländische Regierung bekannt, sie werde sich an dem Projekt eines Neuen Kampfflugzeugs (MRCA) nicht beteiligen. Ihre Absage begründete sie damit, daß die niederländische Luftwaffe ein reines Jagdflugzeug benötige, das MRCA aber auch als Aufklärer bzw. Jagdbomber einsetzbar sein sollte. Vgl. dazu den Artikel „Holland will keine Beteiligung an Kampfflugzeug“; DIE WELT vom 1. Juli 1969, S. 6.

161

**Botschafter Freiherr von Braun, Paris,
an das Auswärtige Amt**

Fernschreiben Nr. 1106
Citissime

Aufgabe: 19. Mai 1969, 16.00 Uhr¹
Ankunft: 19. Mai 1969, 16.40 Uhr

Im Anschluß an Drahtbericht Nr. 1105 vom 18.5.69²

Der kambodschanische Botschafter suchte mich soeben auf seinen Wunsch hin auf und teilte mit, er habe aus den ihm aus Phnom Penh zugegangenen Nachrichten den Eindruck, als habe Prinz Sihanouk bei seiner Entscheidung, ihm die Reise nach Bonn zu verbieten, unter dem Eindruck einer falschen Meldung gestanden. Es liege ihm daran, festzustellen, was der deutsche Pressesprecher am 14. Mai³ wirklich gesagt habe und ob in dieser Erklärung die „Drohungen“ (menaces) ausgesprochen worden seien, von denen Prinz Sihanouk in seiner Presse-Erklärung vom Sonnabend dem 17. Mai gesprochen habe.⁴

Ich bin mit dem Botschafter daraufhin den Originaltext und die (übrigens nicht sehr zuverlässige) französische Übersetzung der Erklärung des Pressesprechers vom 14. Mai (Grünmaterial) durchgegangen und habe ihm den wörtlichen Text in die Hand gegeben.

Botschafter Sonn Voeunsai erklärte mir, seine Weisung, nicht nach Bonn zu gehen, und der er nicht zuwiderhandeln könne, sei ihm nur „pour le moment“ erteilt worden. Es liege ihm daran, den Prinzen Sihanouk zum Widerruf der Weisung zu veranlassen; er werde in diesem Sinn nach Phnom Penh telegrafieren.

Gleichzeitig kündigte er mir die Übersendung einer an das Auswärtige Amt gerichteten Note an, in der er die Gründe für die Verzögerung seiner Reise darlegen wollte; ich habe deren Weiterleitung nach Bonn zugesagt.⁵

Aus der Unterhaltung hatte ich einen doppelten Eindruck:

1 Hat Ministerialdirigent Caspari am 23. Mai 1969 vorgelegen.

2 Botschafter Freiherr von Braun, Paris, berichtete, daß der in der Bundesrepublik und Frankreich akkreditierte kambodschanische Botschafter, Voeunsai, die Weisung erhalten habe, nicht nach Bonn zu reisen. Grund dafür sei die Verärgerung des Präsidenten Sihanouk über „drohende Töne“ in der Erklärung der Bundesregierung vom 14. Mai 1969. Vgl. Referat I B 5, Bd. 467.

3 Zu den Ausführungen des Staatssekretärs Diehl, Presse- und Informationsamt, und zur Einbestellung von Voeunsai in das Auswärtige Amt vgl. Dok. 159, Anm. 3.

4 Am 18. Mai 1969 berichtete Legationsrat Joetze, Phnom Penh, über die Ausführungen des Präsidenten Sihanouk vom Vortag: „Die Deutschen stößen Drohungen aus und setzen Bedingungen: Wenn wir befriedigende Erklärungen abgeben und zu Kreuze kriechen, werden sie die Beziehungen beibehalten und die Hilfe weiterführen. Aber Kambodscha habe noch nie einen Schritt zurück gemacht, auch nicht vor größeren Mächten, wie den USA und China.“ Joetze ergänzte: „An Grobheiten fehlt es auch diesmal nicht. Die Schwerwiegenderste war, er lasse nicht zu, daß Sonn Voeunsai in Bonn die Haken zusammenklappen und Heil Hitler sagen müsse.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 47; Referat I B 5, Bd. 467.

5 In der Note vom 19. Mai 1969 teilte die kambodschanische Regierung mit, die Erklärung der Bundesregierung vom 14. Mai enthalte „unverhüllte Drohungen gegen Kambodscha“. Deshalb könne Botschafter Voeunsai die vorgesehene Reise nach Bonn nicht durchführen. Kambodscha nehme „von vornehmesten ohne Vorwürfe alle Maßnahmen“ hin, die von der Bundesregierung ergriffen würden. Vgl. Referat I B 5, Bd. 467.

Einerseits möchte der Botschafter persönlich versuchen, den Streit, wenn er wirklich auf Mißverständnissen beruhen sollte, beizulegen. Andererseits ist er ex officio gehalten, jedes Manöver mitzumachen, das eine Aufschiebung unserer Entscheidung zur Folge hätte.⁶

[gez.] Braun

VS-Bd. 2833 (I B 5)

162

Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit Ministerpräsident Sato in Tokio

19. Mai 1969¹

Erste Unterredung des Herrn Bundeskanzlers Kiesinger mit dem japanischen Ministerpräsidenten Sato am 19.5.1969, 16.15 Uhr bis 17.45 Uhr.²

Ministerpräsident Sato: Zwischen Japan und Deutschland bestehen seit langer Zeit enge Beziehungen. In der hinter uns liegenden hundertjährigen Geschichte war Deutschland stets für uns Lehrmeister. Ihr Land hat uns beim Aufbau unseres Staates geholfen.

Ich kann mir vorstellen, wie schwierig es für Sie war, trotz dringender Geschäfte die Reise nach Japan zu unternehmen. Desto größer ist meine Freude, daß Sie den weiten Weg zu uns nicht gescheut haben.

Zwischen unseren beiden Staaten gibt es viele Ähnlichkeiten – hauptsächlich im Hinblick auf die internationale Lage. Unsere beiden Länder stehen unter dem Atomschirm der Vereinigten Staaten. Dadurch haben wir Sicherheit und Frieden bewahren können. Nach dem Kriege hat Ihr Land einen bewundernswerten wirtschaftlichen Aufschwung genommen.

Ich möchte zunächst die Frage stellen, wie das Gespräch geführt werden soll. Wollen wir zuerst über internationale oder über bilaterale Probleme sprechen?

Bundeskanzler Kiesinger: Ich möchte zunächst meiner Freude darüber Ausdruck geben, daß ich Japan besuchen konnte. Es war für uns alle eine große Freude, hierher zu kommen. Ich möchte deswegen vor allem für die große Gastfreundschaft danken, die wir von Ihnen empfangen haben.

Unsere Länder haben in der Tat viele gemeinsame Interessen. Das hat sich besonders in der Nachkriegszeit erwiesen. Beide Seiten haben in dieser Periode ihr Staatswesen von Grund auf neu aufbauen müssen, und das deutsche Volk

⁶ Vgl. dazu weiter Dok. 169.

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde mit Schriftbericht Nr. 635 des Botschafters Krapf, Tokio, vom 4. Juni 1969 übermittelt. Vgl. Referat I B 5, Bd. 474.

² Bundeskanzler Kiesinger hielt sich vom 17. bis 21. Mai 1969 in Japan auf.

bewundert die großen Wiederaufbauleistungen Japans. Wir beobachten in Deutschland die japanische Entwicklung mit Freundschaft und Sympathie.

Sie haben gefragt, ob wir zuerst eine Art Tour d'horizon vornehmen oder bilaterale Gespräche führen sollten. Ich würde es für gut halten, wenn wir erst einen allgemeinen Überblick über die internationalen Verhältnisse versuchen, in die ja unsere eigenen Beziehungen auch eingebettet sind.

Ministerpräsident *Sato*: Die Weltlage wird bestimmt durch das Dreiecksverhältnis zwischen den Vereinigten Staaten, der Sowjetunion und der VR China. Zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion bestehen seit langem tiefgreifende Gegensätze. Die Analyse dieses Dreiecksverhältnisses ist für das Verständnis der politischen Situation unserer Zeit von grundlegender Bedeutung. Darüber hinaus besteht unsererseits Interesse an der Entwicklung der EWG und der NATO, die für Japan von besonderer Wichtigkeit sind. Für uns haben die Vorgänge in Vietnam besondere Bedeutung. In jüngster Zeit haben außerdem die Ereignisse in Nordkorea unsere Aufmerksamkeit erregt. Schließlich ist für uns wichtig, daß die drei Großmächte auf unterentwickelte Länder wie Indien und die Staaten Südostasiens Einfluß zu nehmen versuchen. Ich glaube, wir sind uns darüber einig, daß die friedliche Koexistenz zwischen der SU und den Vereinigten Staaten für das gegenwärtige Weltgeschehen zentrale Bedeutung hat. Die beiden Mächte koexistieren in der Form, daß sie ihre Einflußbereiche gegenseitig respektieren. Dennoch bestehen einige Streitfragen. Dabei sind die Verhältnisse in Europa wohl am kompliziertesten. Japan hat zwar territoriale Ansprüche gegenüber der SU, aber so schwerwiegende Differenzen, wie sie hinsichtlich Ostdeutschlands und der ČSSR bestehen, fehlen in Asien. Dennoch versucht die SU, auch in Asien – besonders in Indien und Nordkorea – Einfluß auszuüben. Grundsätzlich bejahren wir die friedliche Koexistenz, sind aber der Meinung, daß das alte Ordnungsgefüge, das durch den Zweiten Weltkrieg zerstört wurde, zunächst wiederhergestellt werden sollte, und daß auf dieser Grundlage dann eine neue Ordnung zu errichten ist.

Präsident Nixon hat zuerst Europa besucht und bei dieser Gelegenheit auch mit Ihnen Gespräche geführt.³ Ich wäre Ihnen verbunden, wenn Sie uns über diese Gespräche unterrichten würden.

An dieser Stelle möchte ich die Auffassung meiner Regierung zur sogenannten DDR darlegen. Wir haben großes Verständnis für die tragische Spaltung des deutschen Volkes, und ich möchte Ihnen versichern, daß wir – nach wie vor – nicht gewillt sind, Beziehungen zu Ostdeutschland aufzunehmen.

Bundeskanzler *Kiesinger*: Ich stimme mit Ihrer Analyse überein. Ich glaube, daß es wichtig ist, die Beziehungen der ganz großen Mächte untereinander zu verstehen und eine gewisse Prognose der zukünftigen Beziehungen zu wagen, und zugleich über unser eigenes Verhältnis zu diesen Mächten nachzudenken.

Sie erwähnten, daß unsere beiden Länder ihre Sicherheit unter dem Schirm der Vereinigten Staaten finden. Wir haben in Deutschland noch eine beträcht-

³ Präsident Nixon besuchte vom 23. Februar bis 2. März 1969 Belgien, Großbritannien, die Bundesrepublik, Italien, Frankreich und den Vatikan. Für die Gespräche mit Bundeskanzler Kiesinger vom 26. Februar 1969 vgl. Dok. 79–81.

liche Zahl amerikanischer Truppen stehen und wünschen, daß sie dort bleiben, weil schon ihre Anwesenheit eine sehr starke Garantie gegen einen möglichen Angriff bietet. Der stärkste Schutz ist aber ohne Zweifel der atomare Schirm.

Die friedliche Koexistenz wird auch von uns bejaht. Nicht verstehen können wir jedoch darunter die Hinnahme der durch den Zweiten Weltkrieg geschaffenen Verhältnisse, obwohl gerade das die SU von uns als Voraussetzung für eine gegenseitige Verständigung fordert. Die SU hat vor kurzem aufs Neue eine These veröffentlicht, wonach alle Gebiete, die einmal unter der Herrschaft des Kommunismus standen, für immer im kommunistischen Lager bleiben sollen.⁴ Das können wir für unsere 17 Millionen Landsleute unter keinen Umständen hinnehmen. Wir sind uns zwar unserer großen Verantwortung für den Frieden in der Welt bewußt und haben daher feierlich darauf verzichtet, die Wiedervereinigung mit gewaltsamen Mitteln anzustreben. Wir wollen dieses für unsere Politik wichtigste Ziel mit friedlichen Mitteln erreichen. Dazu brauchen wir Freunde. Ich bin sehr froh über die verständnisvolle Haltung, die Sie in dieser Frage einnehmen.

Ministerpräsident Sato: Die Sowjetunion hat mich wiederholt zu einem Besuch nach Moskau eingeladen. Es besteht zwar Einverständnis mit der SU über die Möglichkeit einer gemeinsamen wirtschaftlichen Erschließung Sibiriens, aber in der Fischerei-Frage verfolgt die SU einseitig ihre eigenen Interessen. Auch die Luftfahrt-Abmachungen haben sich bisher zugunsten der SU ausgewirkt. Erst in jüngster Zeit hat Moskau etwas eingelenkt. Wir werden von März des nächsten Jahres ab mit eigenen Maschinen fliegen können. Aber für die Lösung der Territorialfrage⁵ bestehen vorläufig keine Aussichten. Solange die SU ihre starre Haltung in dieser Frage nicht aufgibt, werde ich auch keinen Besuch in Moskau machen. Ich habe allerdings den Eindruck, daß sich in der SU allmählich die Erkenntnis durchsetzt, daß die Territorialfrage nicht einfach unbeachtet gelassen werden kann. Ein Anzeichen für eine gewisse Flexibilität erblicken wir darin, daß die SU uns anlässlich der ČSSR-Krise ausführlich informiert hat. Ich hoffe, daß der anormale Zustand des geteilten Deutschland mit friedlichen Mitteln behoben und das deutsche Volk wieder vereinigt werden kann. Als ich mit dem ehemaligen Ministerpräsidenten Yoshida in Deutschland war⁶, sagte mir Dr. Adenauer, er müsse selbst nach Rußland reisen und der sowjetrussischen Führung den deutschen Standpunkt darlegen.⁷

Man muß aber wohl darauf achten, daß die Amerikaner durch solche Verhandlungen nicht argwöhnisch gemacht werden. Ein wesentlicher Unterschied zwischen Ihren und unseren Territorialfragen besteht darin, daß die von uns beanspruchten Kurilen nicht mehr von Japanern besiedelt sind. Sie wurden ver-

⁴ Zur „Breschnew-Doktrin“ vom 12. November 1968 vgl. Dok. 15, Anm. 3.

⁵ Im Friedensvertrag von San Francisco vom 8. September 1951 verzichtete Japan auf alle Rechte und darauf bezogene Ansprüche an den Kurilen und Südsachalin. Allerdings wurde die Bezeichnung „Kurilen“ nicht genauer definiert. Nach japanischer Auffassung gehörten dazu nur die nördlich von Etorofu gelegenen Inseln, nicht jedoch die ebenfalls von der UdSSR besetzten, nordöstlich von Hokkaido gelegenen Inseln Kunashiri, Etorofu sowie die Gruppe der Habomai-Inseln. Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 136, S. 45–77.

⁶ Ministerpräsident Yoshida besuchte vom 12. bis 15. Oktober 1954 die Bundesrepublik.

⁷ Bundeskanzler Adenauer besuchte vom 9. bis 13. September 1955 die UdSSR.

trieben. Wir dürfen zwar den Amerikanern keine Veranlassung geben, an unserer Aufrichtigkeit zu zweifeln, müssen aber andererseits auch erwarten können, daß die Amerikaner über ihre eigenen Gespräche mit Moskau berichten, um bei ihren Freunden keinen Verdacht aufkommen zu lassen. Ich habe mit dem ehemaligen Präsidenten Johnson über Vorbereitungen für die Rückgabe Okinawas gesprochen. Die latente Souveränität Japans auf den Ryukyu-Inseln ist durch den Friedensvertrag von San Francisco anerkannt worden.⁸ Außerdem leben auf diesen Inseln 1 Millionen Japaner. Ich bin überzeugt, daß die Okinawa-Frage zu unserer Zufriedenheit gelöst werden kann. Fraglich ist jedoch, innerhalb welchen Zeitraums das geschehen wird. Ich könnte mir aber vorstellen, daß die Vereinigten Staaten unseren Erwartungen sehr weit entgegenkommen.

Sind Sie, Herr Bundeskanzler, schon in der Sowjetunion gewesen und haben Sie mit führenden Sowjetrussen Gespräche geführt? Der Inhalt solcher Gespräche würde mich interessieren – vor allem die Frage, ob die Sowjets bei solchen Anlässen eine gewisse Flexibilität zu erkennen geben.

Bundeskanzler *Kiesinger*: Ich darf zunächst meiner Hoffnung Ausdruck geben, daß Ihre territorialen Fragen bald und zu Ihrer Zufriedenheit gelöst werden.

Ich war mit Bundeskanzler Adenauer 1955 als Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages in Moskau. Das war ein sehr lehrreicher Besuch. Wir haben damals die diplomatischen Beziehungen aufgenommen, obwohl das ungelöste Problem der Teilung fortbestand und obwohl die SU nichts zur Lösung dieser Frage beitragen wollte. Aber wir fanden es nützlich, weil man hoffen konnte, daß eine allmähliche Annäherung der Standpunkte erfolgen würde. Das ist nun allerdings nicht geschehen. Man kann im Gegenteil sagen, daß die Haltung der SU sich inzwischen verhärtet hat. Außer einem Zusammentreffen mit Mikojan in Bonn⁹ hatte ich dann keine Gelegenheit mehr, mit einer Persönlichkeit der obersten Sowjet-Führung zu sprechen. Ich habe aber als Bundeskanzler mehrmals die Gelegenheit benutzt, mit den in Bonn akkreditierten Sowjet-Botschaftern¹⁰ zu sprechen. Es ist sehr schwer vorauszusagen, wie sich die Haltung der SU uns gegenüber entwickeln wird. Bis jetzt muß man feststellen, daß sie in der deutschen Frage nicht nachgeben, und daß sie die Anerkennung der DDR und der Oder-Neiße-Grenze verlangen. Sie fordern weiterhin einen besonderen Status für West-Berlin als selbständige politische Einheit, während wir die Auffassung vertreten, daß Berlin zur Bundesrepublik gehört. Die Meinungsverschiedenheiten über diese Frage sind erst kürzlich wieder bei der Wahl des Bundespräsidenten in Erscheinung getreten. Manche Leute meinen, die SU werde in Zukunft etwas freundlicher sein. Das kann sich aber nur um eine Besserung des Klimas handeln und um die Entwicklung von

⁸ In Artikel 3 des Friedensvertrags von San Francisco vom 8. September 1951 erklärte sich Japan darmit einverstanden, daß die Ryukyu-Inseln südlich des 29. Breitengrads (mit der Hauptinsel Okinawa) unter ein Treuhandsystem der UNO gestellt würden, wobei die USA die allein verwaltende Behörde waren. Vgl. UNTS, Bd. 136, S. 50f.

⁹ Der sowjetische Erste Stellvertretende Ministerpräsident Mikojan besuchte vom 25. bis 28. April 1958 die Bundesrepublik.

¹⁰ Sowjetischer Botschafter in der Bundesrepublik war seit dem 12. Juli 1966 Semjon Konstantinowitsch Zarapkin.

Beziehungen auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet. Darüber hinaus kann keine sichere Prognose gestellt werden.

Bezüglich der USA teile ich ganz Ihre Auffassung. Die Kontakte zwischen den Vereinigten Staaten und der SU sind notwendig, damit nicht durch Zufall ein großer Weltkonflikt ausbrechen kann (crisis management). Konrad Adenauer hat recht behalten, obwohl die Amerikaner damals zunächst schockiert waren, als wir mit den Russen Verbindung aufnahmen. Wir sind bereit, mit unseren Verbündeten und mit den Vereinigten Staaten zu konsultieren, bevor wir Absprachen mit Moskau treffen. Ich habe mit Präsident Johnson eine Reihe von Gesprächen in dieser Sache geführt und habe von dem neuen Präsidenten Nixon den Eindruck gewonnen, daß er meinen Auffassungen zustimmt. Die Vereinigten Staaten sind meiner Auffassung nach die geborene Führungsmacht des Westens, und sie müssen diese Funktion auch ausüben. Aber führen bedeutet nicht herrschen. Sie müssen ihre Verbündeten an Planungen und Entscheidungen teilnehmen lassen. Diesen meinen Auffassungen hat Präsident Nixon sehr nachdrücklich zugestimmt. Ich habe den Eindruck, daß er die Lage sehr realistisch beurteilt, daß er sich behutsam und vorsichtig ein Urteil bildet und daß er zwar entschieden eine Besserung der Beziehungen mit der SU will (vor allem auf dem Gebiet der Abrüstung), aber er hat mehrfach die SU daran erinnert, daß die Unruhe in der Welt nur durch Lösung der eigentlichen politischen Konflikte behoben werden kann. Ich war sehr beeindruckt durch diese Haltung des Präsidenten – auch durch die Festigkeit, mit der er sich zu den von Amerika übernommenen Verpflichtungen im Atlantischen Bündnis sowie in der Berlin-Frage bekannte, und habe keinen Zweifel über die positive Haltung der Vereinigten Staaten. Ich selbst werde am 22. Juli dieses Jahres in die Vereinigten Staaten reisen, um einige wichtige Probleme zu besprechen.¹¹ Präsident Nixon hat viel Verständnis für die europäische Lage gezeigt. Auch für Frankreich, und zwar mit Erfolg! Sie wissen, daß die Entwicklung in Europa durch die Auffassungen de Gaulles blockiert war, besonders was den Beitritt Großbritanniens zur EWG betraf. Man kann nicht genau sagen, wie sich die Verhältnisse nun weiter entwickeln werden. Poher ist seit 1950 Mitglied des Europarats und dafür bekannt, daß er die Europa-Idee bejaht. Man kann ihn als Schüler von Robert Schuman bezeichnen. Wenn Pompidou gewählt wird, ist sicherlich mit einer Fortsetzung der de Gaulleschen Tradition zu rechnen. Aus meinen Unterhaltungen mit Herrn Pompidou habe ich jedoch den Eindruck gewonnen, daß er elastischer sein wird. Er hat sich auch bereits dahingehend geäußert, daß er in der Frage des Beitritts von Großbritannien zur EWG eine andere Stellung einnehmen wird als de Gaulle.

Ich bin fest überzeugt, daß die wichtigste Aufgabe für Europa darin besteht, einen politischen Zusammenschluß herbeizuführen. Ich fühle mich als Verwalter der Tradition Adenauers, der mich auf seinem Sterbebett feierlich dazu verpflichtet hat, seine Europapolitik weiterzuführen. Ich hoffe, daß wir in dieser Frage vorankommen werden. Auch für dieses Problem hat Nixon viel Verständnis. Er wird die Politik der europäischen Einigung unterstützen, während die SU sie mit großem Argwohn beobachtet und ständig zu stören versucht.

¹¹ Bundeskanzler Kiesinger besuchte vom 5. bis 9. August 1969 die USA. Vgl. dazu Dok. 257–260.

Im Atlantischen Bündnis ist eine Zeitlang eine gewisse Erosionstendenz in Erscheinung getreten. Die Bereitschaft untereinander zusammenzuhalten, ließ nach. Auch eine Neigung zur Herabsetzung des Verteidigungsbeitrages war bei den Partnern zu erkennen. Das hat sich seit der Tschechen-Krise grundsätzlich geändert. Das Verständnis für die gemeinsame Sicherheit ist wieder sehr viel stärker geworden. Wir sind in Deutschland sehr froh darüber. Die Aufrechterhaltung des NATO-Bündnisses ist die beste Garantie für die deutsche Sicherheit.

Ministerpräsident Sato: Ich danke Ihnen für ihre ausführlichen Darlegungen. Sie haben u.a. auch die Frage der Abrüstung berührt. Japan ist, wie Sie wissen, das einzige Land, das die Wirkung der Atombombe am eigenen Leibe erlebt hat. Deshalb besteht in der japanischen Bevölkerung eine Allergie gegen die Atombewaffnung, die andere Länder nicht ohne weiteres verstehen können. Was die Abrüstung betrifft, müssen wir meines Erachtens vor allem einen Appell an die Nuklearmächte richten, ihre Rüstung einzuschränken. In diesem Zusammenhang möchte ich mit Ihnen über den NV-Vertrag sprechen. Es interessiert mich aber auch die politische Integration Europas, besonders die Frage des Beitritts Großbritanniens zur EWG sowie die Beziehungen zwischen EWG und EFTA-Ländern.

Über meine Gespräche mit Herrn Abs bezüglich der wirtschaftlichen Erschließung Indonesiens werden Sie bereits unterrichtet sein.

Erwähnen möchte ich meinerseits noch, daß unser größtes Problem die VR China ist, wenn auch die SU ein schwieriger Nachbar ist. Man weiß nicht, was die kommunistischen Staaten wirklich wollen. Beim 9. Parteitag in Peking¹² wurde die These verlautbart, Rotchina sei nicht nur gegen den SU-Revisionismus, sondern auch gegen den Imperialismus der Vereinigten Staaten sowie gegen alle reaktionären – d.h. nichtkommunistischen – Regierungen eingestellt. Es vergeht kein Tag, ohne daß wir von den Peking-Chinesen getadelt werden. Wie dem aber auch sei: eines Tages müssen die Beziehungen zwischen uns und Peking ins reine gebracht werden. In der gegenwärtigen Lage besteht allerdings keine Möglichkeit dazu. Sie verlangen von uns die Lösung des Sicherheitsvertrages mit den Vereinigten Staaten und fordern, daß wir die Anerkennung Nationalchinas rückgängig machen. Kurzfristig besteht also keine Möglichkeit, die Beziehungen zu Peking zu verbessern. Wir stellen außerdem fest, daß die VR China versucht, ihren Einfluß in Nordkorea sowie in anderen Ländern – Birma, Indien, Pakistan, u.a. – geltend zu machen. Es ist aber nicht zu verstehen, was die Chinesen wollen. Wir haben daher unser Verhältnis zu Peking nach dem Prinzip der Trennung von Wirtschaft und Politik geregelt, was zuweilen als durchtrieben (zurui) angesehen wird. Ich wäre dankbar, wenn die deutsche Seite unserem Verhalten gegenüber Peking das rechte Verständnis entgegenbringen könnte.

Hinsichtlich des NV-Vertrages habe ich Zweifel, wie dieses Abkommen ohne Beteiligung der VR China und Frankreichs wirksam werden soll. Ich möchte daher die Konsultationen über den NV-Vertrag solange fortsetzen, bis klar ge-

¹² Der Parteitag der KPC fand vom 1. bis 24. April 1969 statt.

worden ist, ob mit der Verwirklichung des Vertrages gerechnet werden kann, obwohl die VR China und Frankreich nicht beteiligt sind.

Bundeskanzler *Kiesinger*: Auch für uns ist die VR China wichtig. Wir sind zwar geographisch weit entfernt, aber wenn man an die Entwicklung der nächsten Jahrzehnte denkt, kann man sich vorstellen, daß hier für uns alle ein außerordentlich großes Problem heranwächst. Sie kennen dieses rätselhafte Land, das nach seiner Verwandlung in ein kommunistisches Staatswesen nur noch rätselhafter geworden ist, sehr viel besser als wir, deswegen sind Ihre Auffassungen für uns von großem Interesse. Auch wir betreiben die Trennung von Politik und Wirtschaft. Wir beabsichtigen auch nicht, in absehbarer Zeit Beziehungen zu Peking aufzunehmen. Unsere Industrie geht allerdings ihre eigenen Wege, und Sie kennen ja den Umfang des Handels, der dadurch entstanden ist. Auch uns macht die Tatsache, daß China eine nukleare Macht geworden ist, Sorgen. Die VR China ist eine potentielle Gefahr für uns geworden, weil sie eines Tages ihre Atomwaffen auch auf Europa richten könnte.

Es ist wirklich eine ernste Frage, ob der NV-Vertrag einen Sinn hat, wenn die VR China nicht beteiligt ist. Wir selbst wollen keine Nuklearwaffen besitzen. Wir haben nicht nur auf Atomwaffen, sondern auf alle Massenvernichtungsmittel – die sogenannten ABC-Waffen – verzichtet. Wenn wir zögern, den NV-Vertrag zu unterzeichnen, dann nicht deswegen, weil wir gegen seine grundsätzlichen Zielsetzungen sind. Eine andere Frage ist es natürlich, wie die Bewaffnung eines in Zukunft etwa entstandenen vereinigten Europas auszusehen haben würde. Unser Zögern – auch mein Zögern – ist außerdem in unserem speziellen Verhältnis zur SU begründet. Sie beruft sich nämlich ständig auf ein mögliches Interventionsrecht¹³, und man kann kaum zweifeln, daß die SU uns ständig der Verletzung dieses Vertrages bezichtigen würde, sobald wir ihn unterzeichnet habe. Unsere Zusammenarbeit mit Holland und Großbritannien bei der Herstellung der Gaszentrifuge hat bereits eine solche Reaktion bei der SU ausgelöst und uns den Vorwurf eingebracht, daß diese Form der friedlichen Nutzung von Atomenergie mit dem Geist des NV-Vertrages nicht vereinbar sei.¹⁴ Wir befürchten auch, daß die EURATOM-Kontrolle zerstört werden würde, wenn sie in die internationale Inspektion nicht eingeschaltet wäre. Im übrigen sind wir besorgt, daß unsere atomare Wissenschaft und Wirtschaft beeinträchtigt werden könnte. Hier hat sich übrigens in der amerikanischen Haltung – im Unterschied zur Johnson-Epoche – eine Änderung ergeben. Präsident Nixon hat ausdrücklich erklärt, daß die Vereinigten Staaten bei der Unterzeichnung des Vertrages keinen Druck ausüben würden.¹⁵ Ich glaube deswegen nicht, daß wir diesen Vertrag noch während dieser Legislaturperiode unterzeichnen werden, was nicht heißen soll, daß wir gewillt seien, ihn überhaupt nicht zu unterzeichnen.

¹³ Zur sowjetischen Interpretation der Artikel 53 und 107 der UNO-Charta vom 26. Juni 1945 („Feindstaatenklauseln“) vgl. Dok. 14.

¹⁴ Zur sowjetischen Kritik an einer Beteiligung der Bundesrepublik am deutsch-britisch-niederländischen Projekt einer Gasultrazentrifuge vgl. Dok. 117, Anm. 16.

¹⁵ Vgl. dazu das Schreiben des Botschafters Pauls, Washington, vom 8. Februar 1969 an Bundeskanzler Kiesinger; Dok. 51.

(Anmerkung: Es wurde Einmütigkeit darüber erzielt, der Presse keine Einzelheiten über die Gesprächsführung mitzuteilen, sondern sich auf die Nennung der Hauptgesprächsgegenstände zu beschränken. Der Herr Bundeskanzler bemerkte in diesem Zusammenhang, daß sein anschließendes Treffen mit Vertretern der deutschen Presse lediglich den Zweck einer allgemeinen Information haben werde.)

Referat I B 5, Bd. 474

163

Botschafter von Lilienfeld, Teheran, an das Auswärtige Amt

**Z B 6-1-12787/69 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 175**

**Aufgabe: 20. Mai 1969¹
Ankunft: 20. Mai 1969, 14.06 Uhr**

Betr.: Anerkennung der Zone durch Irak²

Bezug: Drahtbericht Nr. 169 vom 18.5.1969 – VS-v³; und Drahtbericht Nr. 164 vom 14.5.⁴; Drahterlaß Nr. 1613 vom 19.5.;

1) Ministerpräsident Hoveyda griff heute ihm von Staatssekretär Afshar übermittelten Gedanken Verlagerung unseres Ölbezuages vom Irak auf Iran mit Interesse auf. Feindselige Haltung Irak gegenüber [Bundesrepublik] wie dem Iran habe Gemeinsamkeit Interessen und Zusammengehörigkeit unserer beiden Länder noch unterstrichen; diese Situation sollte man nutzen. Außerdem habe er – auch aus Gesprächen, die er mit hiesigen arabischen Botschaftern auf Grund in Bonn vom Bundesaußenminister gemachter Anregung gehabt habe – Eindruck, daß diese Länder nur dann von weiterer Intensivierung ihres Verhältnisses zur Zone abgehalten werden könnten, wenn ihnen nachteilige wirtschaftliche Folgen deutlich gemacht würden. Sonst bestehe große Gefahr, daß arabische Länder jetzt Beispiel Iraks folgen würden.

Da wir Erdöl nicht direkt vom Irak, sondern durch internationales Petroleumkonsortium bezögen, wäre es wohl am besten, wenn wir Vertreter Konsortiums

1 Hat Ministerialdirigent Sahm am 21. Mai 1969 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse van Well verfügte.

Hat van Well am 23. Mai 1969 vorgelegen.

2 Zur Anerkennung der DDR durch den Irak am 30. April 1969 vgl. Dok. 148.

3 Botschafter von Lilienfeld, Teheran, berichtete, daß er im iranischen Außenministerium die Möglichkeit gemeinsamer Aktionen gegen den Irak erörtert habe. Staatssekretär Afshar habe sich an Überlegungen, die Erdölimporte der Bundesrepublik aus dem Irak auf den Iran zu verlagern, „sehr interessiert“ gezeigt. Vgl. VS-Bd. 2799 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1969.

4 Botschafter von Lilienfeld, Teheran, informierte über den Beschuß der iranischen Regierung vom 13. Mai 1969, die Wirtschaftsbeziehungen zur DDR abzubrechen: „Dieser Maßnahme kommt mehr politische als wirtschaftliche Bedeutung zu, da Warenaustausch DDR-Iran 1968 mit insgesamt 20 Mio. DM relativ gering war.“ Vgl. Referat III B 6, Bd. 618 a.

nach Bonn bitten und ihnen mitteilen würden, daß wir im Hinblick auf Mißachtung unserer nationalen Belange durch Irak Konsortium darum bäten, bisherige Bezüge irakisches Erdöls durch Lieferungen aus dem Iran zu ersetzen. Man sollte Konsortium überlassen, diese Entscheidung Irakern mitzuteilen.

2) Stellungnahme Winzers in Bagdad gegen Iran sei sehr töricht gewesen.⁵ Er habe Nachrichten aus Moskau, daß Russen über dieses offensichtlich eigenmächtige Vorgehen der Zone recht aufgebracht seien, da sie keineswegs Interesse an einer Verschlechterung der Beziehungen zum Iran, sondern eher an einer gütlichen Bereinigung der Schatt-el-Arab-Frage hätten.⁶

3) Für Weisung über das dortige Vorgehen gegenüber Irak in Erdölfrage wäre ich dankbar.⁷

[gez.] Lilienfeld

VS-Bd. 4401 (II A 1)

5 Der Außenminister der DDR, Winzer, besuchte den Irak vom 6. bis 11. Mai 1969. Im Communiqué über den Besuch hieß es: „Der Minister äußert die volle Unterstützung der Deutschen Demokratischen Republik für den Standpunkt der Republik Irak zur einseitigen Annulierung des Grenzabkommen vom Jahre 1937 durch Iran, das für beide Seiten gültig und verbindlich ist. [...] Otto Winzer verurteilte die provokatorischen Truppenkonzentrationen durch die iranische Regierung, was die Souveränität Iraks verletzt, die Sicherheit und den Frieden der Republik und des ganzen Gebietes bedroht.“ Vgl. DOKUMENTATION DER ZEIT 12/1969, S. 55.

6 Zur Auseinandersetzung zwischen dem Irak und dem Iran über den Verlauf der Grenze am Schatt-el-Arab vgl. Dok. 137, besonders Anm. 5.

7 Ministerialdirektor Herbst informierte die Botschaft in Teheran am 6. Juni 1969, daß der weitaus größte Teil der Erdölimporte der Bundesrepublik aus dem Irak (etwa 2,5 % der Gesamteintriften der Bundesrepublik) durch die Shell AG erfolge, die nicht am Iran-Konsortium beteiligt sei und deshalb auch ihre Bezüge nicht auf den Iran verlagern könne. Falls die Shell AG dem Wunsch entspräche, kein irakisches Öl mehr in die Bundesrepublik zu liefern, wäre die Folge „lediglich, daß das irakische Öl anders verteilt und durch solches anderer, jedoch nicht iranischer Herkunft ersetzt würde. [...] Irakische Interessen würden also durch eine solche Maßnahme nicht beeinträchtigt, während es nicht auszuschließen ist, daß irakische Gegenmaßnahmen uns vor allem dann treffen würden, wenn andere arabische Staaten aus Gründen der Solidarität dem Beispiel des Irak folgten“. Herbst bat daher, „in der Frage äußerst vorsichtig zu sein und auf iranischer Seite keine Hoffnungen zu wecken, die sich später nicht erfüllen könnten“. Vgl. den Drahterlaß Nr. 144; Referat III B 6, Bd. 618.

164**Bundesminister Brandt an Bundeskanzler Kiesinger****20. Mai 1969¹**

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

am 3. April hat Herr Staatssekretär Carstens Herrn Staatssekretär Duckwitz mit der Bitte um Prüfung eine Reihe von Abänderungsvorschlägen zu den vom Auswärtigen Amt ausgearbeiteten Texten für deutsch-sowjetische Gewaltverzichtserklärungen übermittelt.²

Da wir grundsätzlich über die Nützlichkeit einer Fortführung des politischen Gesprächs mit der Sowjetunion übereinstimmen, darf ich auch Ihr Verständnis voraussetzen, daß das Auswärtige Amt sich nicht in der Lage sieht, den vorgeschlagenen Änderungen zuzustimmen. Es erscheint nicht sinnvoll, sich allein darauf zu beschränken, der Sowjetunion unsere bereits bekannte Position noch einmal zu übermitteln. Außerdem sollten wir keinesfalls hinter unsere am 9. April 1968 der Sowjetunion übermittelte Position³ zurückgehen, wie dies in einem Änderungsvorschlag zum Text meines Amtes angeregt wird, der wörtlich unserem Aide-mémoire vom 9. April entnommen ist.

Angesichts des wiederholt betonten sowjetischen Interesses an dem Gewaltverzichtsdialog und unserem Interesse, die bilaterale Gesprächsführung nicht völlig an den Sondierungskatalog der NATO⁴ abzugeben, halte ich es für richtig, diese Gespräche auf einer Linie weiterzuführen, die bei verbalem Entgegenkommen keine der Grundpositionen preisgibt, über die wir uns verständigt haben.

Mit freundlichem Gruß

Brandt⁵

Bd. 388 (Ministerbüro)

¹ Ablichtung.

² Vgl. dazu Dok. 146.

³ Für den Wortlaut des Aide-mémoires vgl. DzD V/2, S. 570–575.
Vgl. dazu auch AAPD 1968, I, Dok. 121.

⁴ Zu den Sondierungen der Drei Mächte bei der UdSSR wegen einer Verbesserung der Situation von Berlin (West) und der innerdeutschen Verkehrs- und Nachrichtenverbindungen vgl. Dok. 134.

⁵ Paraphe.

165

**Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger
mit Ministerpräsident Sato in Tokio**

20. Mai 1969¹

Zweite Unterredung des Herrn Bundeskanzlers Kiesinger mit Ministerpräsident Sato vom 20. 5. 1969 (15.00 bis 16.00 Uhr)²

Ministerpräsident Sato: Da heute nur ein begrenzter Zeitraum (von einer Stunde) zur Verfügung steht, schlage ich vor, daß wir uns auf die gestern nicht behandelten Themen beschränken, besonders auf die Frage der internationalen Währung.

Bundeskanzler Kiesinger: Ich bin der Meinung, daß nur eine internationale Übereinkunft das Währungsproblem lösen kann – nicht aber eine einseitige Maßnahme. Die Bundesrepublik könnte durch eine einseitige Aufwertung der DM keinen entscheidenden Beitrag zur Behebung der Währungskrise leisten. Es besteht Übereinstimmung, daß es sich bei einer umfassenden wirtschaftspolitischen Aktion nicht nur um eine Aufwertung, sondern um eine ganze Serie im Abstand von ein bis zwei Jahren handeln müßte. Das ist aber eine außerordentlich gefährliche Unternehmung, weil die Bevölkerung in Deutschland allergisch auf solche Manipulationen reagiert. Natürlich wissen wir, daß wir nicht allein in der Welt sind. Aber das gegenwärtig schwierigste Problem ist das englische Pfund, und es besteht Einmütigkeit darüber, daß eine einseitige deutsche Aufwertung auf die Position des Pfundes keinen entscheidenden Einfluß haben kann. Die Lage kann nur durch energische Maßnahmen von Großbritannien selbst unter Kontrolle gebracht werden. Die Aufwertung hat zwei Seiten. Für uns ergibt sich die Frage, welche Auswirkungen auf unseren außenwirtschaftlichen Überhang und damit auf unsere Preisentwicklung ausgehen. Beide stehen in einem ursächlichen Zusammenhang zueinander. Ein wichtiger politischer Gesichtspunkt ist darin zu erblicken, daß wir die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse wegen ihrer Bindung an den EWG-Markt nicht mehr voll kontrollieren können. Infolgedessen müßte unsere Landwirtschaft sehr schwere Verluste – jährlich etwa 1,5 Mrd. DM – hinnehmen, die wir ihr nicht zumuten können. Aber wir sind der Meinung, man sollte sehr bald zu einer internationalen Zusammenarbeit, zu einem sogenannten „realignment“ in der Währungsfrage kommen.

Ministerpräsident Sato: Was ich eben von Ihnen erfahren habe, stimmt mit der Auffassung von Herrn Abs überein. Ich verstehe, daß bis zu den Bundestagswahlen³ eine einseitige Aufwertung der Mark nicht in Frage kommen kann. Uns beschäftigt zur Zeit das Problem, daß bis zur Veranstaltung einer internationalen Währungskonferenz vermutlich noch sehr viel Zeit vergehen wird. Deswegen sollten die Länder, die eine Abwertung vornehmen müssen, die Initiative er-

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde mit Schriftbericht Nr. 635 des Botschafters Krapf, Tokio, vom 4. Juni 1969 übermittelt. Vgl. Referat I B 5, Bd. 474.

² Für das erste Gespräch vom 19. Mai 1969 vgl. Dok. 162.

³ Die Wahlen zum Bundestag fanden am 28. September 1969 statt.

greifen. Sie stehen, Herr Bundeskanzler, schwierigen Entscheidungen gegenüber, und ich habe den Eindruck, daß bis zur Wahl eine schnelle Entwicklung kaum zu erwarten ist.

Bei der Gründung der EWG erwartete man, daß die wirtschaftliche Integration schnell vorangehen würde. Das hat besonders bei den EFTA-Staaten Besorgnis erregt. Aber diese Entwicklung ist wohl nicht so schnell vonstatten gegangen, wie vermutet wurde. Wie beurteilen Sie in diesem Zusammenhang die Aussichten einer politischen Integration Europas?

Bundeskanzler *Kiesinger*: Was die wirtschaftliche Integration anbelangt, so bin ich der Meinung, daß die Dinge wieder in Fluß geraten könnten, wenn Poher gewählt wird.⁴ Ich erwähnte gestern bereits, daß er als Schüler Robert Schumans anzusehen ist. Auch von Pompidou ist in dieser Frage eine flexible Haltung zu erwarten. Die Frage, wie der Beitritt Großbritanniens und der skandinavischen Länder zur EWG erfolgen soll, könnte unter diesen Umständen vielleicht gelöst werden. Ich habe seit meiner Tätigkeit als Berichterstatter im Europarat (1952–53) immer die Auffassung vertreten, daß die politische Gemeinschaft nicht erst das Endergebnis der vollen wirtschaftlichen Integration sein würde. Diese von Monnet vertretene These des sogenannten „Umschlags“ der wirtschaftlichen Integration in die politische schien mir von Anfang an deswegen zweifelhaft, weil sie die Mitgliedschaft der neutralen Staaten wie der Schweiz, Schwedens und Österreichs ausschließen würde. Ferner ist zu bedenken, daß eine europäische Gemeinschaft eine gemeinsame Außenpolitik haben müßte. Die von de Gaulle vertretenen Vorstellungen, daß man sich bei einer politischen Integration auf eine sehr kleine Zahl von Mitgliedstaaten beschränken sollte, halte ich für bedenklich. Anzustreben ist nach meiner Meinung auf alle Fälle ein europäischer Bundesstaat, in dem mindestens außer den Sechs Großbritannien und Dänemark zusammengeschlossen sein sollten. Für die anderen Anwärterländer bleibe dann die Form der Assoziation, die ihnen die wirtschaftlichen Vorteile der Gemeinschaft sichern würde. Das Ganze ist ein sehr schwieriges Problem. Aber wir können natürlich das europäische Schicksal nicht herausfordern, indem wir bei der Planung der Integration nur eine kleine Auswahl von Mitgliedstaaten treffen. Alle, die den Wunsch haben, müssen teilnehmen können. Ferner: Wenn man nicht glaubt, daß die europäischen Nationen automatisch zu einer politischen Einheit zusammenwachsen, könnte man die WEU als Ansatz für eine politische Integration betrachten.

Ministerpräsident *Sato*: Ihre klaren Ausführungen sind mir sehr aufschlußreich. Ich sehe in ihnen eine neue Gedankenführung, die mir noch nicht bekannt war. Vor allem aber bin ich beruhigt, daß Sie sich realistisch von den utopischen Vorstellungen de Gaulles über ein „Europa bis zum Ural“ distanzieren.

Bundeskanzler *Kiesinger*: De Gaulles Vorstellungen haben gewechselt. Man muß bedenken, daß er seine etwas utopische Europa-Idee vor allem in propagandistischer Absicht formuliert hat. Wir haben diese Vorstellungen als politisches Fernziel akzeptiert, das bestenfalls erst nach Gründung eines vereinigten Westeuropas und nach Überwindung des politisch-ideologischen Antagonis-

⁴ Zu den Wahlen für das Amt des französischen Staatspräsidenten am 1. und 15. Juni 1969 vgl. Dok. 149, Anm. 9.

mus verwirklicht werden kann. Das war nur ein Richtpunkt – noch nicht Gegenstand praktischer Politik.

Die Ereignisse des letzten Jahres haben gezeigt, daß nicht allein die ČSSR, sondern auch andere östliche Länder sich gern Europa nähern würden. Sie werden nur durch den Zwang der Sowjetunion daran gehindert.

Ministerpräsident *Sato*: Wir stehen mit einigen osteuropäischen Staaten in Verbindung, die ein Interesse an einer Annäherung an Westeuropa und an die Bundesrepublik Deutschland haben und die eventuell unsere Vermittlung in Anspruch nehmen würden. In diesem Zusammenhang würde mich interessieren, ob Sie weiterhin die Tür nach Osteuropa offenhalten wollen.

Bundeskanzler *Kiesinger*: Das wollen wir ganz entschieden. Nur müssen wir dabei sehr behutsam vorgehen. Wir trauen uns nicht zu, den Ostblock auflösen zu können. Das würde auch niemandem helfen. Die Entwicklung in der ČSSR war für jedermann überraschend. Andererseits werden wir uns aber nicht abhalten lassen, unsere Osteuropa-Politik fortzusetzen. Es bestehen beispielsweise enge Kontakte zwischen der Bundesrepublik und Rumänien. Kabinettsmitglieder der beiden Seiten besuchen sich. Wir werden aber der Sowjetunion keinen Vorwand geben, daraus einseitige Konsequenzen zu ziehen. Wir sind sehr bemüht um die Besserung der Beziehungen, ohne die Sowjetunion zu provozieren. Unsere Beziehungen zu Jugoslawien haben sich erfreulich entwickelt. Ich könnte auch über unsere Beziehungen zu anderen osteuropäischen Staaten noch manches sagen, fürchte aber, daß die Zeit dafür nicht ausreicht.

Ministerpräsident *Sato*: Ich würde gern etwas über Ihr Verhältnis zu den Vereinigten Staaten erfahren. Sie wissen, daß Japan hinsichtlich der amerikanischen Liberalisierungserwartungen im Rückstand ist, während die Bundesrepublik auf diesem Gebiet uns weit vorausseilt. Erst kürzlich haben die Amerikaner uns aufgefordert, daß wir unseren Textilexport durch Selbstkontrolle einschränken sollten. Wir konnten uns damit jedoch nicht einverstanden erklären. Ich hätte gern gewußt, welche Fragen bei Ihren Beziehungen zu den Vereinigten Staaten für Sie im Vordergrund stehen.

Bundeskanzler *Kiesinger*: Abgesehen von der Praktizierung des Atlantischen Bündnisses besteht zwischen uns und den Vereinigten Staaten das Problem des Devisenausgleichs.⁵ Durch die Anwesenheit amerikanischer – und übrigens auch britischer – Truppen fließen uns jährlich einige Milliarden DM zu. Daraus ergaben sich in den vergangenen Jahren schwierige Verhandlungen, an denen mein Vorgänger, Professor Erhard, gescheitert ist. Ich hoffe, daß ich bei meinem Washington-Besuch im Juli⁶ bereits zu einer Vereinigung in dieser Frage kommen kann.

Amerika ist auch an den Währungsfragen interessiert. Ein Zusammenbruch des britischen Pfundes würde nicht ohne Rückwirkungen auf den US-Dollar bleiben. Die Vereinigten Staaten und die Bundesrepublik sind deswegen gewillt, Großbritannien, soweit möglich, mit Krediten zu unterstützen. Die Bundesbank glaubte allerdings, keine weiteren Kredite verantworten zu können, ohne daß die Bundesregierung dafür eine Garantie übernimmt. Ich habe unse-

⁵ Zu den deutsch-amerikanischen Devisenausgleichsverhandlungen vgl. zuletzt Dok. 158.

⁶ Bundeskanzler Kiesinger besuchte vom 5. bis 9. August 1969 die USA. Vgl. dazu Dok. 257–260.

rem Finanzminister⁷ gesagt, daß ich bereit sei, für die Bundesregierung eine solche Garantie herbeizuführen.

Es gibt darüber hinaus noch andere Probleme. De Gaulle hat ständig mit Besorgnis darauf hingewiesen, daß in Europa große Wirtschaftsunternehmungen der Vereinigten Staaten entstanden sind, die überdies mit europäischem Kapital finanziert wurden. Wir selbst sehen diese Vorgänge nicht als so besorgniserregend an. Wir haben nicht soviel Angst. Unser Handel mit den Vereinigten Staaten ist meistens passiv. Vorübergehend ist das aber auch anders gewesen. Wenn man behauptet, daß die Deutsche Mark unterbewertet sei, müßte man das gleiche vom amerikanischen Dollar sagen. Herr Fowler hat uns aber bei seinem letzten Besuch in Bonn gesagt, daß an dem Dollarkurs nicht zu rütteln sei.⁸ So wie die Erde um die Sonne kreise, kreise auch der Dollar um das Gold. Zur Frage des Devisenausgleichs möchte ich sagen, daß wir uns weigern, Stationierungskosten zu zahlen.

Im Zusammenhang mit der EWG und den amerikanischen Lebensmittel-Importen nach Europa ergeben sich hin und wieder Probleme über Soja-, Mais- und Chicken-Einfuhren, die zu amerikanischen Protesten führen, aber bei gutem Willen immer gelöst werden können. Auf jeden Fall handelt es sich dabei nicht um schwerwiegende Probleme. Die wirklichen Probleme liegen im Rahmen des Bündnisses und sind politischer Natur.

Ministerpräsident Sato: Das ist auch bei uns der Fall.

Wir erhielten den Besuch Ihres Staatssekretärs vom Verkehrsministerium⁹, der uns interessante Vorschläge auf der Basis der Gegenseitigkeit machte, und ich (Sato) bin der Meinung, wir sollten unserem Luftverkehrsabkommen¹⁰ mehr Inhalt verleihen.

Ferner wurde von Minister Stoltenberg eine engere Zusammenarbeit auf den Gebieten der Atomforschung sowie der Meeres- und der Raumforschung in Aussicht gestellt.¹¹ Wir sind der Meinung, daß eine solche Zusammenarbeit sehr

⁷ Franz Josef Strauß.

⁸ Finanzminister Fowler hielt sich vom 18. bis 22. November 1968 anlässlich der Tagung der Zehnergruppe in Bonn auf. Zu den Gesprächen mit Bundeskanzler Kiesinger am 18./19. November 1968 vgl. AAPD 1968, II, Dok. 383.

⁹ Staatssekretär Wittrock, Bundesministerium für Verkehr, führte am 28. April 1969 Gespräche im japanischen Verkehrsministerium, in deren Mittelpunkt „die Wahl der Landepunkte in Westeuropa für den bevorstehenden Liniendienst der Japan Air Lines zwischen Tokio und Westeuropa via Sibirien und Moskau“ stand. Im Falle einer Entscheidung Japans für den Flughafen Frankfurt/Main wäre die Lufthansa nach Abschluß eines Luftverkehrsabkommens zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR berechtigt, entsprechende Gegenrechte für Flüge über Moskau nach Tokio in Anspruch zu nehmen. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 213 des Botschafters Krapf, Tokio, vom 3. Mai 1969; Referat III A 4, Bd. 671.

¹⁰ Für den Wortlaut des Abkommens vom 18. Januar 1961 zwischen der Bundesrepublik und Japan über den Fluglinienverkehr vgl. BUNDESGESETZBLATT 1962, Teil II, S. 174–184.

¹¹ Bundesminister Stoltenberg hielt sich vom 14. bis 23. September 1968 in Japan auf. Zum Ergebnis des Besuchs stellte Referat I A 6 fest, die japanische Haltung zur wissenschaftlich-technologischen Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik sei „durch eine gewisse Zurückhaltung gekennzeichnet, irgendwelche Verpflichtungen uns gegenüber einzugehen, während im Gegensatz hierzu Vereinbarungen mit den USA, Großbritannien und neuerdings auch mit Frankreich geschlossen wurden“. Diese könne zum einen in „sachlich bedingten Schwierigkeiten“ sowie einer „gewissen autarkistischen Mentalität der Japaner“ liegen, zum anderen auch am Bewußtsein einer spezifischen Konkurrenzsituation. Beide Staaten kämpften „um den dritten Platz in der Weltwirtschaft. Die Entscheidung hierüber wird davon abhängen, ob es dem einen Land gelingen wird, das andere in

nützlich ist und, da es sich um Fachfragen handelt, stufenweise vorbereitet werden sollte. Wir möchten daher vorschlagen, daß wir uns auf der gegenwärtigen Stufe auf einen Informationsaustausch über die genannten Gebiete beschränken.

Bundeskanzler *Kiesinger*: Wir stimmen Ihnen in jeder Weise zu und sind auf diesem Gebiet in jeder von Ihnen gewünschten Form zur Zusammenarbeit bereit. Sie wissen, daß wir gegenwärtig mit den Russen über Luftverkehrsfragen¹² verhandeln, und es wäre durchaus denkbar, daß wir – Japaner und Deutsche – uns über Gegenstände dieses Fragenkomplexes unterhalten.

Ministerpräsident *Sato*: Wie Ihnen bekannt ist, hat Südkorea als unser unmittelbarer Nachbar große Bedeutung für uns. Die Entwicklung in Südkorea wird große Auswirkungen auf Japan haben. Ich wäre daher dankbar, wenn Sie die dortige Entwicklung aufmerksam beobachten und Südkorea weiterhin unterstützen würden.

Auf das wichtigste Problem unseres Gespräches komme ich zuletzt – nämlich auf die DM-Anleihen, die wir von der Bundesrepublik erhalten haben – auf die Regierungsanleihen. Ich möchte Ihnen für diese Kredite meinen besonderen Dank zum Ausdruck bringen.

Bundeskanzler *Kiesinger*: Zwischen uns und der Republik Korea hat es wegen der Entführung koreanischer Staatsbürger auf deutschem Boden eine ernsthafte Störung gegeben.¹³ Wir haben diese Angelegenheit aber bereinigen können und einen Strich darunter gezogen.

Zu Ihrer letzten Frage möchte ich bemerken, daß wir gern bereit sind, im Rahmen des uns Möglichen auch weiterhin zu helfen. Unsere deutschen Privatbanken werden sicherlich auch in Zukunft zu Kreditgewährungen bereit sein, zumal Japan kein Land ist, von dem in solchen Fällen staatliche Garantien erwartet werden.

(Zu der Bemerkung von Herrn Sato, daß die Kreditgewährung an Japan vielleicht sogar zu Entlastung des deutschen Geldmarktes beitragen könnte):

Leider muß man in diesem Zusammenhang daran erinnern, daß einige Länder dazu übergegangen sind, ihre Kapitalimporte nicht abzurufen, sondern langfristig in der Bundesrepublik stehenzulassen.

Ministerpräsident *Sato*: Abschließend möchte ich noch erwähnen, daß die amerikanische Politik der Liberalisierung uns in Verlegenheit bringen könnte, wenn sie mit allzu großer Hast betrieben wird. Wir bejahren den Freihandel, wissen aber, daß man für seine Vorbereitung Zeit braucht.

Bundeskanzler *Kiesinger*: Ich bin gern bereit, Sie nach meinem Besuch in den Vereinigten Staaten über Fragen unseres gemeinsamen Interesses zu informieren, die sich aus meinen Gesprächen mit der amerikanischen Regierung etwa ergeben könnten.

Referat I B 5, Band 474

Fortsetzung Fußnote von Seite 616

den modernen Technologien zu überflügeln“. Vgl. die Aufzeichnung vom 6. Mai 1969; Referat I A 6, Bd. 351.

12 Vgl. dazu zuletzt Dok. 117.

13 Vgl. dazu Dok. 12.

166**Bundesminister Brandt an Bundeskanzler Kiesinger****21. Mai 1969¹**

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

leider ergibt sich in den nächsten Tagen keine Gelegenheit zu einem Gespräch zwischen uns. Wenn Sie von Ihrer Reise nach Japan² zurückkehren – wie ich hoffe, wohlbehalten und befriedigt –, bin ich auf dem Wege in die Türkei.³ Dort werde ich Gelegenheit haben, eine Reihe von Gesprächen zu führen, die sich auch auf den arabischen Raum beziehen werden, und ein paar Ruhetage werden sich anschließen. Nach Pfingsten, wenn wir beide wieder in Bonn sein werden, sollten wir bald Gelegenheit zu einem ruhigen Gespräch finden. Grundsätzliche wie auch verschiedene Einzelfragen bedürfen der Erörterung.

Im Vordergrund meiner Sorgen steht die Frage nach der Zusammenarbeit unserer beiden Parteien in der Bundesregierung. Die Erfahrung zeigt einerseits, daß einige Elemente des gemeinsamen Regierungsprogramms ins Wanken geraten und daß gewisse neu auftretende Fragen allein unter Berufung auf das Regierungsprogramm vom Dezember 1966⁴ nicht mehr leicht beantwortet werden können.

Die letzten Wochen haben die objektiven Schwierigkeiten sichtbar gemacht, die in dieser Zeit des herannahenden Wahlkampfes einer gemeinsamen Haltung oft entgegenstehen. Doch bin ich der festen Überzeugung, daß wir auch in den vor uns liegenden Monaten zurückfinden müssen zu dem Leitgedanken, unter dem sich unsere Zusammenarbeit in den vergangenen zweieinhalb Jahren im wesentlichen bewährt hat. Beide Partner müssen zu einer gemeinsamen Haltung in den offenen wichtigen Fragen kommen. Kein Problem kann dadurch gelöst werden, daß die eine Seite die andere überstimmt oder sich überstimmen läßt. Grundlage und Sinn unserer Koalition würden dadurch über Gebühr belastet. Leider hat es schon einige „Abweichungen“ in der letzten

¹ Bundesminister Brandt verfaßte dieses Schreiben in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der SPD. Hat Bundeskanzler Kiesinger am 24. Mai 1969 vorgelegt.

Hat Ministerialdirigent Neusel, Bundeskanzleramt, am 10. Juni 1969 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „BM Brandt hatte am 30. Mai ein Gespräch mit dem Herrn B[undesk]anzler (Kambodscha!). Die sonstigen Themen sind verschiedentlich erörtert worden.“

² Bundeskanzler Kiesinger hielt sich vom 17. bis 21. Mai 1969 in Japan auf. Für die Gespräche mit Ministerpräsident Sato vom 19./20. Mai 1969 vgl. Dok. 162 und Dok. 165.

³ Bundesminister Brandt hielt sich vom 22. bis 28. Mai 1969 in der Türkei auf. Im Mittelpunkt der Gespräche mit Staatspräsident Sunay, Ministerpräsident Demirel und Außenminister Çaglayangil standen die Ost-West-Beziehungen, die Deutschland-Frage, die Lage im Nahen Osten und die Entwicklung in Griechenland. Bundesminister Brandt sagte weiterhin eine Erhöhung der Verteidigungshilfe sowie der Kapitalhilfe der Bundesrepublik zu. In der Frage einer Assoziation der Türkei mit den Europäischen Gemeinschaften wurde von türkischer Seite „dankbar anerkannt, daß die bisherige günstige Zusammenarbeit fast ausschließlich auf die freundschaftliche Einstellung und die Unterstützung durch Deutschland zurückzuführen gewesen sei“. Vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hansen vom 1. Juni 1969; Referat I A 4, Bd. 379.

⁴ Für den Wortlaut der Regierungserklärung des Bundeskanzlers Kiesinger vom 13. Dezember 1969 vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 63, S. 3656–3665.

Zeit gegeben, die hätten vermieden werden sollen. Ein Vertrauensverschleiß der Regierungsautorität nützt der NPD.

Sie und ich müssen jetzt besonders darauf achten, daß erneute unnötige Belastungen vermieden werden. Das gilt insbesondere für die unmittelbar anstehenden Entscheidungen. Wir müssen versuchen, uns darüber zu verständigen, wie die Bundesregierung weiter verfahren und zu einer Entscheidung kommen will bei den Problemen der Anerkennung der DDR durch dritte Länder, Unterzeichnung des Nichtverbreitungsvertrages, Währungs- und Preisstabilität, Lohnfortzahlung für kranke Arbeiter und der Verjährung von NS-Verbrechen.

Dies ist keine abschließende Aufzählung. Weitere Fragen sind anhängig oder werden sich noch ergeben, auch dadurch, daß von anderer Seite Probleme in die Vorwahldebatte gebracht werden, wofür manche Anzeichen aus dem Osten sprechen. Wichtig ist, daß wir uns darüber verständigen, wie wir die gemeinsame Arbeit überzeugend zu einem glaubwürdigen Abschluß bringen. Dazu gehört auch die Überlegung, nach dem Schluß der Bundestagsarbeitsperiode⁵ möglicherweise einen Tag im Monat für ein Koalitionsgespräch mit Einschluß der Fraktionsvorsitzenden⁶ zu verabreden.

Ich wünsche Ihnen einige ruhige und erholsame Tage über Pfingsten und bin mit freundlichen Grüßen

Ihr Willy Brandt

Archiv für Christlich-Demokratische Politik, NL Kiesinger, Box 001

⁵ Der Bundestag trat am 3. Juli 1969 zur letzten Sitzung vor der Sommerpause zusammen.

⁶ Rainer Barzel (CDU/CSU); Helmut Schmidt (SPD).

167

Aufzeichnung des Bundesministers Brandt

I B 1-84.10/30-1205a/69 VS-vertraulich

22. Mai 1969¹

Betr.: Weltgesundheitsorganisation (WHO)
 hier: Eventueller Aufnahmeantrag der DDR²
 Bezug: Aufzeichnung I B 1-1027/69 VS-v vom 22.4.1969³

Die Gefahr einer Aufnahme der DDR in die WHO muß unter den gegebenen Umständen als ernst angesehen werden. Es sollte deshalb von unserer Seite alles geschehen, um die eigene Stellung bei den voraussichtlich notwendig werdenden umfassenden Demarchen zu stärken. Deshalb erscheint es erforderlich, den am 8. Mai 1968 in der 21. Weltgesundheitsversammlung gemachten Vorschlag der „Errichtung eines innerdeutschen Amtes für die Fragen des Gesundheitswesens und die fachlichen Kontakte mit der WHO“ gegenüber der Regierung in Ost-Berlin zu formalisieren.⁴ Im gegenwärtigen Zeitpunkt wäre eine Beschränkung auf dieses Thema allerdings sehr problematisch, weil der Zusammenhang mit der bevorstehenden Tagung in Boston⁵ zu leicht erkennbar ist. Es sollte deshalb geprüft werden, in welcher Weise ein solcher Vorschlag verbunden werden kann mit anderen gleichgelagerten Vorschlägen als The-

¹ Hat Staatssekretär Duckwitz am 28. Mai 1969 vorgelegen.

Hat Ministerialdirektor Frank, Ministerialdirigent Caspary und Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Hassell am 29. Mai 1969 vorgelegen.

² Am 8. Mai 1968 wurde ein erster Antrag der DDR auf Aufnahme in die WHO abgelehnt. Vgl. dazu AAPD 1968, I, Dok. 164.

³ Ministerialdirektor Frank erläuterte die Konsequenzen, die aus den erneuten Bemühungen der UdSSR, eine Aufnahme der DDR in die WHO zu erreichen, zu ziehen seien: „Die ‚DDR‘ würde als Mitglied der VN-Sonderorganisation WHO Zugang zu dem Kreis der unter die ‚Wiener Formel‘ fallenden Staaten erlangen. Sie würde dann im Bereich der Vereinten Nationen als gleichberechtigter zweiter deutscher Staat auftreten.“ Eine Mitgliedschaft der DDR in den übrigen UNO-Sonderorganisationen „wäre dann nur noch eine Frage der Zeit“. Die Abstimmung über den 1968 abgelehnten Antrag der DDR auf Mitgliedschaft in der WHO habe jedoch gezeigt, „daß wir unsere Position durchaus noch weiter halten können, wenn wir das wollen“. Frank fügte handschriftlich dazu: „Wir müssen m. E. schon deshalb noch einmal eine Anstrengung machen, die ‚DDR‘ draußen zu halten, damit der Einbruch nicht wenige Monate vor den Bundestagswahlen erfolgt.“ Staatssekretär Duckwitz notierte dazu handschriftlich: „Schon richtig, aber ich vermag den Optimismus dieser Aufzeichnung nicht zu teilen.“ Vgl. VS-Bd. 2766 (I B 1); B 150, Aktenkopien 1969.

⁴ Am 8. Mai 1968 erklärte Ministerialdirektor Frank vor der 21. Weltgesundheitsversammlung in Genf: „Wir erkennen indessen nicht, daß Ost-Deutschland in Fragen der öffentlichen Gesundheit Fortschritte gemacht hat. Wir sind darüber sogar froh, denn wir wünschen, daß die Bevölkerung Ost-Deutschlands ebenfalls in den Genuß aller Ergebnisse der Weltgesundheitsorganisation kommt. Wir sind überzeugt, daß dies auch in der Zukunft möglich sein wird, ohne das dornige Problem des Aufnahmeantrags behandelnd zu müssen. In diesem Sinne und in einem Geiste der Verständigung möchte ich von dieser Plattform aus vorschlagen, ein inner-deutsches Amt für Gesundheitswesen ins Leben zu rufen, das auch die Kontakte zur Organisation wahrnehmen könnte.“ Vgl. Paul FRANK, Entschlüsselte Botschaft. Ein Diplomat macht Inventur, Stuttgart 1981, S. 219.

⁵ Die 22. Weltgesundheitsversammlung fand vom 8. bis 25. Juli 1969 in Boston statt. Die Frist für einen Aufnahmeantrag der DDR verstrich am 8. Juni 1969. Hierzu vermerkte Ministerialdirektor Frank: „Bei dem Verzicht der Ostberliner Regierung auf Antragstellung dürfte schließlich doch die Erkenntnis ausschlaggebend gewesen sein, daß sie nach den vorjährigen Erfahrungen wieder mit einer Abstimmungsniederlage rechnen mußte. Eine solche aber hätte die außenpolitische Bilanz zum 20. Jahrestag der ‚DDR‘ getrübt.“ Vgl. die Aufzeichnung vom 11. Juni 1969; Referat I B 1, Bd. 450.

men für innerdeutsche Verhandlungen. Die Vorbereitung des entsprechenden Vorschlages sollte im Einvernehmen mit dem BMG und dem BMGes⁶ erfolgen. Es dürfte zweckmäßig sein, den Vorgang ohne jede Publizität behandeln zu lassen. Ich denke daran, dem Herrn Bundeskanzler vorzuschlagen, einen – nicht zu veröffentlichten – Brief an den Vorsitzenden des Ministerrates der DDR, Stoph, zu schreiben, in dem die Punkte, an deren alsbaldige Erörterung beide Seiten interessiert sein dürften, zusammengefaßt sind.⁷

Brandt

VS-Bd. 2766 (I B 1)

168

Botschaftsrat I. Klasse Lahn, Kairo, an das Auswärtige Amt

**Z B 6-1-12836/69 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 304**

**Aufgabe: 22. Mai 1969¹
Ankunft: 22. Mai 1969, 11.39 Uhr**

Betr.: Gespräch mit Generalsekretär der Arabischen Liga, Hassouna

Bei meinem heutigen Abschiedsbesuch² brachte Generalsekretär Hassouna zum ersten Mal in dieser Ausführlichkeit das Gespräch auf unsere Deutschland-Politik und knüpfte an seine Unterredungen an, die er nach dem 8. Mai in Bagdad u.a. auch mit Otto Winzer³ geführt hatte.

Hassouna verwahrte sich eingangs gegen den möglichen Vorwurf, er spräche für die Ostberliner Thesen, denn ihm läge die Wiedervereinigung Deutschlands sehr am Herzen. Er rief Erinnerungen an seine Berliner Zeit⁴ und an seine Reisen ins Riesengebirge, nach Krummhübel und Schreiberhau, wach und betonte, daß das Schicksal der deutschen Teilung ihm immer nahe gegangen sei.

In Bagdad und auf seiner Rundreise durch die arabischen Länder sei der Schritt des Irak vom 30. April⁵ in vielfacher Hinsicht und auch in seinen Auswirkungen auf die Deutschlandpolitik der Bundesregierung erörtert worden. Die Arabische Liga sei zu Recht mit dieser Frage nicht befaßt worden, da sie bisher kein Beratungsgegenstand im Liga-Rat gewesen sei. Anders verhalte es sich mit der Frage der Wiederaufnahme der Beziehungen zu uns.

⁶ Bundesministerium für das Gesundheitswesen.

⁷ Ein Schreiben wurde nicht abgesandt.

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse van Well am 27. Mai 1969 vorgelegen.

2 Botschaftsrat I. Klasse Lahn wurde mit Wirkung vom 6. Juni 1969 in das Auswärtige Amt versetzt.

3 Zum Besuch des Außenministers der DDR, Winzer, im Irak vom 6. bis 11. Mai 1969 vgl. Dok. 163, Anm. 5.

4 Der Generalsekretär der Arabischen Liga, Hassouna, war 1926 in der ägyptischen Vertretung in Berlin tätig.

5 Zur Anerkennung der DDR durch den Irak vgl. Dok. 148.

Er habe allgemein die Überzeugung angetroffen, daß man heute die Wiedervereinigung Deutschland nicht mehr erschwere, wenn man die DDR diplomatisch anerkenne, da doch zwei deutsche Staaten existierten und diese selber miteinander wichtige Kontakte auf wirtschaftlichem und technischem Gebiet unterhalten.

Ich habe Generalsekretär Hassouna unsere abweichende Auffassung dargelegt und dabei Ausführungen gemäß Dipex 4 vom 19. Mai⁶ gemacht. Er meinte, daß ihm unser Standpunkt bekannt sei und daß er ihn auch verstehen könne, nur habe er Zweifel, ob er uns ans Ziel brächte.

Ausführlich äußerte er sich in anerkennenden Worten zu meiner hiesigen Tätigkeit und drückte die Hoffnung aus, daß die Beziehungen zur Bundesrepublik bald wieder normalisiert werden könnten.⁷

[gez.] Lahn

VS-Bd. 4401 (II A 1)

169

Staatssekretär Duckwitz an Bundesminister Brandt, z. Z. Ankara

St.S. 503/69 geheim

23. Mai 1969¹

Fernschreiben Nr. 302

Citissime mit Vorrang

Bundeskanzler teilt mir soeben mit, daß er fest entschlossen sei, die diplomatischen Beziehungen mit Kambodscha sofort abzubrechen. Zur Begründung dieses Entschlusses nannte er folgende drei Punkte:

- 1) Würdelose Behandlung unseres Vertreters in Phnom Penh.²
- 2) Reise des kambodschanischen Außenministers, der sich zur Zeit in Moskau aufhält, nach Ostberlin.³

⁶ Staatssekretär Harkort führte in einer Sprachregelung zur Anerkennung der DDR durch den Irak aus, daß dieser Schritt „schwerwiegende Folgen für das deutsch-irakische Verhältnis haben“ werde. Die Aussichten für eine Normalisierung der Beziehungen zwischen dem Irak und der Bundesrepublik seien „einstweilen zunicht gemacht“. Er bat darum, bei der jeweiligen Regierung die grundsätzliche Haltung der Bundesregierung zur Deutschland-Frage zu erläutern und, wo angebracht, „mit formlicher Demarche bei Gastregierung um weitere Unterstützung unserer nationalen Anliegen“ zu bitten. Vgl. Referat II A 1, Bd. 1131.

⁷ Die VAR brach am 13. Mai 1965 die Beziehungen zur Bundesrepublik ab.

¹ Durchschlag als Konzept.

Hat Staatssekretär Harkort am 23. Mai 1969 vorgelegen.

² Hans Joachim Eick.

³ Der kambodschanische Außenminister Phourissara hielt sich vom 22. bis 26. Mai in der UdSSR auf und besuchte anschließend vom 26. Mai bis 2. Juni 1969 die DDR.

3) Kambodschanischer Botschafter in Paris, der auch in Bonn akkreditiert ist, zeigte keinerlei Neigung, den erbetteten Besuch im Auswärtigen Amt durchzuführen.⁴

Bundeskanzler hält es für notwendig, der kambodschanischen Regierung zuvorzukommen, um eine weitere Demütigung, die in einem Abbruch der Beziehungen durch Kambodscha liegen würde, zu vermeiden. Sihanouk habe uns schon lange genug auf der Nase herumgetanzt.

Bei der Begründung unseres Entschlusses soll nach Auffassung des Bundeskanzlers die auch Ihnen bekannte Wehner-Formel⁵ verwendet werden, die allerdings wohl etwas modifiziert werden müsse. Einzelheiten gab er hierzu nicht bekannt. Der Bundeskanzler stimmte meinem Einwand zu, daß dieser Schritt unter keinen Umständen getan werden dürfe, bevor nicht Einvernehmen zwischen Ihnen und dem Bundeskanzler hergestellt sei. Zu diesem Zweck bittet Sie der Bundeskanzler, umgehend mit ihm Verbindung aufzunehmen. Er hält sich bis ca. 17 Uhr im Bundeskanzleramt auf.

Sofern Sie mit der Absicht des Bundeskanzlers nicht einverstanden sind, empfehle ich, bezüglich der oben genannten drei Gründe auf folgendes hinzuweisen:

Zu 1): Die beanstandete Behandlung liegt bereits 14 Tage zurück. Wenn wir sie als sehr schwerwiegend empfunden hätten, hätte man diesen Schritt damals sofort tun müssen. – Die Behandlung unseres Geschäftsträgers entspricht allerdings nicht den diplomatischen Gepflogenheiten.

Zu 2): Da Kambodscha diplomatische Beziehungen mit der DDR unterhält, ist es das legitime Recht des kambodschanischen Außenministers, Ostberlin zu besuchen.

Zu 3): Diese Frage ist noch nicht endgültig entschieden. Bekanntlich hat Sihanouk seinem Botschafter die Reise nach Bonn verboten, weil ihm ein über die Ostzone lancierter Bericht vorgelegt wurde, nach dem der kambodschanische Botschafter zum „Rapport“ nach Bonn bestellt sei. Hier liegt ein Übersetzungsfehler der Diehlschen Erklärung zum Kabinettsbeschuß⁶ vor. Ob unsere Bemühungen, dieses Mißverständnis aufzuklären, Erfolg haben, läßt sich noch nicht absehen.⁷

Duckwitz⁸

VS-Bd. 500 (Büro Staatssekretär)

⁴ Zur Einbestellung des in der Bundesrepublik und Frankreich akkreditierten kambodschanischen Botschafters Voeunsai in das Auswärtige Amt vgl. Dok. 161.

⁵ Am 21. Mai 1969 übermittelte Ministerialdirigent Weichert, Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Vortragendem Legationsrat I. Klasse Ritzel eine Formulierung des Bundesministers Wehner zur Frage der Aufnahme von diplomatischen Beziehungen dritter Staaten zur DDR: „Wenn Länder, mit denen wir diplomatische Beziehungen unterhalten, uns gegenüber den unfreundlichen Akt begehen, durch Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Ostdeutschland einer Regelung der nationalen Frage des deutschen Volkes auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes vorzugreifen, sind wir genötigt, den politischen Interessen der Bundesrepublik Deutschland entsprechend uns zu verhalten.“ Vgl. Ministerbüro, Bd. 360.

⁶ Für die Erklärung der Bundesregierung vom 14. Mai 1969 vgl. Dok. 159, Anm. 3.

⁷ Am 23. Mai 1969 um 18.00 Uhr bat Ministerialdirektor Frank, z. Z. Ankara, Bundeskanzler Kiesinger „wie folgt zu unterrichten: Bundesminister ist jetzt in einer Sitzung mit türkischem Außenminister, die er nicht vor 17.00 Uhr verlassen kann. Er sei nicht der Meinung, daß man heute über

170

**Staatssekretär Duckwitz an
Bundesminister Brandt, z.Z. Ankara**

**II A 1-85.50/1-1442^{II} (TTD) VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 304**

Aufgabe: 23. Mai 1969, 14.12 Uhr¹

Betr.: Modifizierung des TTD-Systems

Der Bericht der Bonner Vierergruppe an die NATO² wurde Herrn Minister Wehner zur Stellungnahme zugeleitet. Er hat in einem längeren Brief erneut die für die Aufhebung des TTD-Systems sprechenden Argumente dargelegt und Sie gebeten, sich für die Abschaffung des TTD-Systems einzusetzen.³

Diesem Wunsch ist unter den gegenwärtigen Umständen kaum nachzukommen:

Fortsetzung Fußnote von Seite 623

den Abbruch der Beziehungen zu Kambodscha entscheiden, sondern in der nächsten Woche auf die Sache zurückkommen sollte.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 464 an Staatssekretär Duckwitz; VS-Bd. 2833 (I B 5); B 150, Aktenkopien 1969.

Am 23. Mai 1969 um 18.45 Uhr übermittelte Staatssekretär Harkort Bundesminister Brandt, z.Z. Ankara, die Mitteilung des Staatssekretärs Diehl, Presse- und Informationsamt, daß die Entscheidung über den Abbruch der Beziehungen zu Kambodscha keinen Aufschub vertrage: „Keinesfalls könne Entscheidung bis zu Ihrer Rückkehr am 29. Mai verschoben werden. Bundeskanzler befürchtet, daß Aufschub unserer Entscheidung kambodschanischem Regierungschef Möglichkeit geben würde, seinerzeit Beziehungen zuerst abzubrechen.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 313; VS-Bd. 2822 (I B 5); B 150, Aktenkopien 1969.

Zum möglichen Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Kambodscha schrieb Willy Brandt im Rückblick: „Die dpa-Nachricht hierüber erreichte mich während eines Besuchs in der Türkei; dramatische Schilderungen, wie unwirsch – „Mir reicht's!“ – ich hierauf reagierte, waren zutreffend. Es gab sogar die Vermutung, jener Abend am Bosporus habe deutlich gemacht, daß ich für eine Wiederauflage der Großen Koalition nicht zur Verfügung stünde. Ich konnte es nicht für vernünftig halten, unsere Flagge einzuholen, wo immer die unserer deutschen Konkurrenten gehisst wurde.“ Vgl. BRANDT, Erinnerungen, S. 184.

Vgl. dazu weiter Dok. 175.

8 Paraphe vom 23. Mai 1969.

1 Der Drahterlaß wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse van Well konzipiert.

Hat Ministerialdirektor Ruete am 23. Mai 1969 vorgelegen.

Hat Ministerialdirigent Sahm am 27. Mai 1969 vorgelegen.

Hat Bundesminister Brandt laut Vermerk des Vortragenden Legationsrats Wilke vom 30. Mai 1969 vorgelegen.

2 Zum Bericht der Bonner Vierergruppe über eine Modifizierung der TTD-Regelung vgl. Dok. 153.

3 In dem Schreiben vom 22. Mai 1969 nannte Bundesminister Wehner folgende Gründe für seine Bitte: „1) Das TTD-System erweckt in der Öffentlichkeit des westlichen Auslands leicht den Eindruck einer vom Westen der Bevölkerung im anderen Teil Deutschlands auferlegten Reisebeschränkung. 2) Das TTD-System dient Ostberlin als Vorwand, um die Ausreisesperre für private Reisen in das westliche Ausland zu rechtfertigen. 3) Es wird von der Ostberliner Propaganda als Diskriminierung der Bevölkerung der DDR hingestellt. 4) Es erweckt den Eindruck, als benutzten wir Reste der Vier-Mächte-Verantwortung für ganz Deutschland, um den anderen Teil Deutschlands zu isolieren. 5) Es erleichtert es unseren Verbündeten, sich von der Miterantwortung in der deutschen Frage durch Beteiligung an einer generellen Regelung ‚loszukaufen‘, anstatt sich in jedem Fall aktiv in der Deutschlandfrage zu engagieren. 6) Es wird von einigen NATO-Partnern nur zögernd unterstützt, da es die freie Entscheidung der Regierungen über die Einreise in ihr Land einschränkt. [...] 7) Die Abschaffung wäre ein unübersehbarer Beweis unserer Entspannungsbereitschaft und unseres Willens, alle Hindernisse für den freien Verkehr zwischen Osten und Westen zu beseitigen.“ Vgl. VS-Bd. 10057 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1969.

- 1) Es müßte eine Kabinettsentscheidung herbeigeführt werden, die angesichts der Haltung der CDU und des Bundeskanzleramtes in dieser Frage schwerlich ohne weiteres zustande kommen kann.
- 2) Mit Schreiben vom 30.1.1969 hatte Staatssekretär Carstens die Zustimmung des Herrn Bundeskanzlers zur Wiederherstellung der TTD-Praxis vor dem 11.6.1968⁴ mitgeteilt, gleichzeitig jedoch ausgeführt:
„Dagegen hält der Herr Bundeskanzler es nicht für opportun, die Frage der Ablösung des TTD-Systems im gegenwärtigen Zeitpunkt anzusprechen.“⁵
- 3) Wir müßten uns in⁶ Gegensatz zu den Drei Mächten begeben, die uns auf die Sondierungen haben wissen lassen, daß sie bis auf weiteres im Prinzip am TTD-System festhalten möchten. Dieser Gegensatz müßte in der NATO zutage treten, da dem NATO-Rat bekannt ist, daß die Drei Mächte nur eine Modifizierung des TTD-Systems, nicht aber seine Aufhebung vorschlagen wollen.
- 4) Wir würden über das hinausgehen, was wir bei dem Vierertreffen in Washington am 9.4.1969⁷ vorgeschlagen haben, nämlich die Prüfung einer Modifizierung des TTD-Systems.
- 5) Der skandinavische Antrag auf Ablösung des TTD-Systems ist nach mehrfacher Verschiebung nunmehr auf die Tagesordnung der NATO-Ratssitzung am 2.6.1969 gesetzt worden. Die Drei Mächte insistieren, den Bericht der Bonner Vierergruppe dann vorzulegen, weil eine weitere Verschiebung Unruhe und Verwirrung stiften müßte. Hinzu kommt, daß die kanadische Regierung ihre Entscheidung hinsichtlich der Flaggen- und Hymnenfrage bei den Eishockey-Weltmeisterschaften Anfang 1970, für die Kanada kandidiert, von der entsprechenden im Bericht der Vierergruppe vorgesehenen Lockerung der bisherigen NATO-Bestimmungen abhängig gemacht hat, nicht jedoch über Anfang Juni hinaus warten kann.⁸
- 6) In der NATO-Ratssitzung am 14.5. haben sich der amerikanische⁹, niederländische¹⁰, französische¹¹ und türkische¹² Vertreter gegen eine Abschaffung des TTD-Systems gewandt und dabei vor allem einseitige Konzessionen gegenüber dem Osten kritisiert.¹³ Botschafter Grewe erinnerte hierbei daran, daß die Allianz im Augenblick an der Aufstellung eines Katalogs von Fragen, über die mit dem Osten verhandelt werden könne, arbeite. Er könne sich vorstellen,

⁴ Am 11. Juni 1968 erließ die DDR Regelungen für den Reise- und Transitverkehr zwischen der Bundesrepublik und der DDR bzw. Berlin (West), insbesondere die Einführung eines Paß- und Visa-Pflicht sowie eines Mindestumtausch von 10 DM pro Person und Tag gegen Mark der DDR im Verhältnis 1:1. Als Reaktion darauf nahm der Ständige NATO-Rat in Brüssel am 20. Juni 1968 einen Vorschlag der Drei Mächte und der Bundesrepublik über eine Verschärfung der TTD-Regelung an. Vgl. dazu AAPD 1968, I, Dok. 191.

⁵ Für das Schreiben vgl. VS-Bd. 4288 (II A 1).

⁶ An dieser Stelle wurde von Ministerialdirektor Ruete gestrichen: „offenen“.

⁷ Zum Treffen der Außenminister Brandt (Bundesrepublik), Debré (Frankreich), Stewart (Großbritannien) und Rogers (USA) vgl. Dok. 120.

⁸ Vgl. dazu Dok. 153, Anm. 5.

⁹ Harlan Cleveland.

¹⁰ Hendrik Boon.

¹¹ Jacques Kosciusko-Morizet.

¹² Muhamrem Nuri Birgi.

¹³ Zur Sitzung des Ständigen NATO-Rats vgl. Dok. 157.

daß das TTD-System irgendwie in diesem Katalog einen Platz finden werde und hielt es für unzweckmäßig, eine solche Verhandlungsposition aufzugeben, bevor wir überhaupt begonnen hätten, unsere Faustpfänder zu überprüfen. Mehrere Kollegen schlossen sich diesen Ausführungen an.

Unter diesen Umständen schlage ich vor, das TTD-System unter den Verhandlungsgegenständen aufzuführen, bei denen wir dem Osten Konzessionen anbieten können, jedoch eine vorzeitige und einseitige Preisgabe dieses, der „DDR“-Führung sehr lästigen Systems, nicht ins Auge zu fassen. Demgemäß bitte ich um Ihre Zustimmung, dem Herrn Bundeskanzler vorzuschlagen, den Bericht der Bonner Vierergruppe zu billigen und das TTD-System in den Themenkatalog gemäß Ziffer 5 des NATO-Kommuniqués vom 11.4.1969¹⁴ aufzunehmen.

Duckwitz¹⁵

VS-Bd. 4288 (II A 1)

171

**Botschafter Böker, New York (UNO),
an das Auswärtige Amt**

Z B 6-1-12889/69 VS-vertraulich

Aufgabe: 23. Mai 1969, 21.50 Uhr¹

Fernschreiben Nr. 550

Ankunft: 24. Mai 1969, 06.38 Uhr

Citissime

Herrn Bundesminister und Herrn Staatssekretär Duckwitz nach Rückkehr² vorzulegen

Betr.: Auswirkungen der Anerkennung der DDR durch Irak und Kambodscha³

Bezug: Dipex Nr. 4 vom 19. Mai⁴

Ich entspreche der Aufforderung zur Berichterstattung erst heute, weil ich mir zunächst durch ausreichende Sondierungen ein klareres Bild von den hiesigen Reaktionen machen wollte. Das Resultat ist für die nächste Zukunft nicht alarmierend, für die mittelfristige Entwicklung besorgnisregend. Ich teile die Auffassung der Botschaft Washington (DB Nr. 1178 vom 21. Mai)⁵ und der

¹⁴ Für den Wortlaut vgl. Dok. 146, Anm. 18.

¹⁵ Paraphe.

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse van Well am 27. Mai 1969 vorgelegen.

2 Bundesminister Brandt hielt sich vom 22. bis 28. Mai 1969 in der Türkei auf.

3 Die DDR wurde am 30. April 1969 durch den Irak und am 8. Mai 1969 durch Kambodscha anerkannt. Vgl. dazu Dok. 148 und Dok. 159.

4 Vgl. dazu Dok. 168, Anm. 6.

5 Am 21. Mai 1969 berichtete Botschafter Pauls, Washington, das amerikanische Außenministerium habe sich „relativ optimistisch“ geäußert, daß im Hinblick auf eine diplomatische Anerkennung der DDR durch weitere Staaten im Moment kein „Erdrutsch“ zu erwarten sei. Die Bedeutung der

Botschaft New Delhi (DB Nr. 371 vom 19. Mai)⁶, daß wir mit einem Erdrutsch nicht zu rechnen brauchen; wohl aber droht uns eine zunächst langsam anlaufende und sich dann schnell beschleunigende Erosion. Gefährdetste Einbruchstellen sind der arabische Raum und die buddhistisch-hinduistische Welt.

Die Tatsache der Aufnahme diplomatischer Beziehungen der beiden Staaten zur DDR ist in allen VN-Kreisen sorgfältig zur Kenntnis genommen worden und ist zunächst Gegenstand delikater Sondierungen und stiller Überlegung. Viele, wenn auch längst nicht alle Delegierten und VN-Beamten vermeiden es, wohl aus Takt, mich und meine Mitarbeiter unmittelbar anzusprechen, zeigen aber lebhaftes Interesse, wenn man selbst die Sprache auf diese Entwicklung bringt. Für die Reaktion im Ostblock dürfte eine Bemerkung aufschlußreich sein, die ein ungarischer Diplomat, halb scherzend, gegenüber einem meiner Mitarbeiter machte: „Nun werdet ihr ja bald nicht mehr viel zu tun haben, denn das Beispiel des Irak und Kambodschas wird überall Schule machen.“

In allen VN-Kreisen wird unsere Reaktion auf den Entschluß des Irak und Kambodschas sorgfältig registriert und gewertet. Dabei ist unsere Reaktion im Falle Kambodschas von ungleich größerer Bedeutung als unser Verhalten gegenüber dem Irak, mit dem wir sowieso keine diplomatischen Beziehungen mehr hatten. Die unerwartete Milde und Versöhnlichkeit unserer bisherigen Reaktion hat allgemein überrascht. Sie findet den Beifall jener Kreise, die unseren nationalen Anliegen schon immer wenig Verständnis entgegengebracht haben und denen eine Zwei-Deutschland-Lösung innerhalb der VN vorschwebt. Unsere Freunde in der Dritten Welt verhalten sich abwartend. Sie werten unsere bisherige Reaktion weniger als internationales Wohlverhalten denn als Aufgabe bisher als wesentlich erachteter Positionen. Vereinzelt sind auch kritische Stimmen zu hören, die von uns den Abbruch der Beziehungen erwarteten: so der türkische⁷ und der schweizerische Botschafter⁸, ein britischer und sogar ein jugoslawischer Vertreter.

Unsere Position hier ist dadurch erschwert, daß die verwirrende Vielzahl der Stimmen, die in letzter Zeit aus Deutschland hierher gedrungen sind, das Bild unserer Deutschlandpolitik sehr verschwommen gemacht hat. Innerdeutsche Diskussionen über taktisches Vorgehen in der Deutschlandfrage haben Unklarheit über unsere strategische Zielvorstellung geschaffen. Da der Ausdruck „Wiedervereinigung“ seit einiger Zeit aus unserem außenpolitischen Sprachschatz fast verschwunden ist, hegen auch viele unserer Freunde Zweifel, ob dies tatsächlich noch das Ziel unserer Politik ist. Grundvoraussetzung jeder erfolgrei-

Fortsetzung Fußnote von Seite 626

irakischen und kambodschanischen Anerkennung der DDR bleibe „wegen der Sonderstellung, die jeder der beiden Staaten einnehme, einstweilen begrenzt“. Auf längere Sicht könne die Lage jedoch schwierig werden. Dies betreffe vor allem Indien, aber auch Nigeria und die VAR. Das entscheidende Instrument der Politik der Bundesregierung sei weniger die Drohung mit dem Abbruch der Beziehungen als die Wirtschafts- und Entwicklungshilfe. Deshalb käme es bei der Reaktion auf den Schritt des Irak und Kambodschas darauf an, die „Entschlossenheit, keine weitere Hilfe zu gewähren, auch öffentlich und gegenüber dritten Staaten unzweideutig klar zu machen“. Vgl. Referat II A 1, Bd. 1131.

⁶ Botschafter Freiherr von Mirbach, Neu Delhi, teilte seine Einschätzung mit, die diplomatische Anerkennung der DDR durch den Irak und Kambodscha sei „keine Präzedenzfälle für die derzeitige indische Politik in der Anerkennungsfrage“. Vgl. Referat I B 5, Bd. 467.

⁷ Orhan Eralp.

⁸ Bernard Turrettini.

chen Deutschlandpolitik im VN-Rahmen wäre es daher, das Endziel unserer Bestrebungen wieder eindeutig und klar herauszustellen. Der Fall Kambodscha wird insofern als besonders lehrreich angesehen, als bekannt ist, daß unsere wirtschaftlichen und politischen Interessen in diesem Land äußerst gering sind. Ist unsere Reaktion in diesem Falle schwach, so kann jeder den Schluß ziehen, daß wir im Falle von Ländern, wo unsere Interessen größer sind, sicher nicht schärfer reagieren werden. Wir sind damit an dem Punkt angelangt, wo auch unsere Freunde in der Dritten Welt sich die Frage stellen, ob es sich weiter für sie lohnt, unser nationales Anliegen zu respektieren und zu verteidigen. Ein afrikanischer Vertreter formulierte dies so: Kambodscha wird für die Aufnahme der Beziehungen zur DDR vom Osten sicherlich belohnt. Wenn es von euch nicht empfindlich bestraft wird, stellt es sich also durch die Mißachtung eurer Interessen besser als vorher.

Dies scheint mir in der Tat der entscheidende Punkt zu sein: Wichtiger als die Frage des Abbruchs oder Nicht-Abbruchs der Beziehungen, besonders für die kleinen und schwachen Länder der Dritten Welt, ist die Frage, ob die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur SBZ in Saldo – wirtschaftlich und politisch – ein gutes oder ein schlechtes Geschäft für sie ist. Unsere bisherige Reaktion auf den Fall Kambodscha, soweit von hier aus erkennbar, entbehrt der abschreckenden Wirkung.

Aus hiesiger Sicht kann ich auch die Auswirkungen auf den multilateralen Sektor nicht außer acht lassen, insbesondere auf die bevorstehende Konferenz der WHO in Boston⁹ und auf die nächste Vollversammlung, auf der zum Beispiel im Gefolge der soeben beendeten Wiener Vertragsrechtskonferenz¹⁰ die Zulassung der SBZ zu multilateralen Verträgen zur Abstimmung gebracht werden könnte. Hier wird sich auch auswirken, was unsere Delegation in Wien mit DB Nr. 522 vom 16. Mai als Auffassung des schwedischen Delegationsleiters¹¹ berichtet hat: nämlich „daß wir lediglich aus innerpolitischen und wahltechnischen Gründen zur Zeit zu einer Entscheidung nicht fähig seien, die in einem halben Jahr ohnehin im Sinne einer Anerkennung der Zone fallen würde“.¹² Ähnlichen Äußerungen kann man auch hier begegnen. Ihnen durch überzeugende Worte und Taten entgegenzuwirken, würde unsere Stellung sehr verbessern.

[gez.] Böker

VS-Bd. 4401 (II A 1)

⁹ Die 22. Weltgesundheitsversammlung fand vom 8. bis 25. Juli 1969 statt.

¹⁰ Zur UNO-Vertragsrechtskonferenz vom 9. April bis 22. Mai 1969 in Wien vgl. Dok. 156.

¹¹ Hans Blix.

¹² Für den Drahtbericht des Ministerialdirektors Groepper, z. Z. Wien, vgl. Referat V 1, Bd. 734.

172

**Ministerialdirigent BöX, Warschau,
an das Auswärtige Amt**

Z B 6-1-12893/69 VS-vertraulich**Fernschreiben Nr. 150****Citissime****23. Mai 1969****Aufgabe: 24. Mai 1969, 11.30 Uhr****Ankunft: 24. Mai 1969, 10.27 Uhr**Betr.: Gomułkas Vorschlag¹

Aus vielfachen Gesprächen mit Vertretern aus diplomatischen, polnisch-politischen und Presse-Kreisen ergibt sich folgender Reflex der Gomułka-Initiative und der deutschen Reaktion.

- 1) Der Zeitpunkt des Vertragsangebots soll eher durch den Abschluß der polnischen Sondierungen im sozialistischen Lager als von den bevorstehenden Wahlen in der Bundesrepublik bestimmt gewesen sein. Die Analyse soll ergeben haben, daß Polen im sozialistischen Bereich der Gefahr einer politischen und wirtschaftlichen Isolierung ausgesetzt sein könnte. Pragmatisch eingestellte Kräfte hätten ihren Einfluß auf Gomułka ausgeübt, seine Intransigenz gegenüber der Bundesrepublik abzumildern und die Möglichkeit eines Dialogs zu eröffnen.
- 2) Die polnische Führung erwarte keine konkreten Aktionen von einer Bundesregierung, die nur noch kurze Zeit im Amt sei; sie hoffe jedoch, daß die Tür für Initiativen im Spätherbst offen gehalten werde (Stellvertretender Außenminister Wolniak). Polnische Führung setzt auf Beibehaltung der großen Koalition, da nur sie allein weitergehende Entschlüsse fassen könnte. Eine Regierung SPD/FDP halte sie, unter dem Druck einer starken CDU/CSU-Opposition, für zu schwach. Im übrigen würde letztere sich nach rechts entwickeln müssen. Die polnische Seite hoffe, daß ihr Hinweis auf die Möglichkeit eines bilateralen Vorgehens einen Niederschlag im Programm der neuen Regierung finden würde.
- 3 a) Die Zwischenzeit soll angeblich für kleine Schritte vornehmlich in wirtschaftlich-technologischem Bereich genutzt werden. Die wirtschaftliche Lage

¹ Am 17. Mai 1969 nahm der Erste Sekretär des ZK der PVAP zu Fragen der europäischen Sicherheit und des Verhältnisses zwischen Polen und der Bundesrepublik Stellung. Er führte aus, es seien in „bestimmten Kreisen“ der Bundesrepublik „Tendenzen bemerkbar, die auf Absichten einer etwas anderen Richtung der Ostpolitik hinzuweisen scheinen. [...] Ich denke hier vor allem an einige Äußerungen von Führern der westdeutschen sozialdemokratischen Partei [...], besonders des Vorsitzenden dieser Partei, des Vizekanzlers der Bundesrepublik, Brandt. Hauptkriterium der Politik der Bundesrepublik war, ist und wird das Verhältnis der westdeutschen Regierung zur endgültigen Anerkennung der bestehenden Grenzen in Europa sein, darunter der Grenze an Oder und Lausitzer Neiße, sowie das Verhältnis zur Anerkennung der Existenz der Deutschen Demokratischen Republik als souveräner und gleichberechtigter deutscher Staat.“ Gomułka erklärte weiter: „Es gibt keine rechtlichen Hindernisse dafür, daß die Bundesrepublik die bestehende Westgrenze Polens nicht als endgültig anerkennt. Wir sind jederzeit bereit, mit der Deutschen Bundesrepublik einen solchen zwischenstaatlichen Vertrag abzuschließen, ähnlich wie wir mit der DDR vor 19 Jahren in dieser Frage einen Vertrag geschlossen haben.“ Allerdings werde Polen keinen Grenzvertrag abschließen, der vom Görlitzer Abkommen mit der DDR vom 6. Juli 1950 abweiche. Auf den Vorschlag eines „Grenzprovisoriums“ bis zum Abschluß eines Friedensvertrags werde die polnische Regierung sich nicht einlassen. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1969, D 317 und D 319f.

habe sich, wie auch Gomułka selbst dargestellt habe, so verschlechtert, daß jede Möglichkeit für eine Verbesserung genutzt werden müsse. Dazu gehöre ein intensiveres Wirtschaftsverhältnis zur „kapitalistischen Welt“, vornehmlich zur Bundesrepublik.

b) Für diese Tendenz ist bezeichnend, daß der stellvertretende Außenhandelsminister Olechowski als Botschafter nach Paris, sein gleichrangiger Kollege Furtag als Botschafter nach Tokio gehen soll. Nach der Abdankung de Gaulles ist das polnische politische Interesse an Frankreich vermindert. Die Besetzung der Pariser Botschaft mit einem Wirtschaftsfachmann, der mir eigentlich unpolitisch vorkommt, weist in diese Richtung.

4 a) Gomułka soll nur mit Mühe von den pragmatischen Kräften zu seinem Schritt bewogen worden sein. Der außenpolitische Teil seiner Rede sei im Außenministerium unter dem Einfluß Winiewiczs entworfen worden. Die allgemeine Annahme geht dahin, daß Gomułka auf Kurs gehalten werden könne, vor allem weil seine innerparteiliche Position durch wirtschaftliche Mißerfolge und eine einseitige außenpolitische Orientierung geschwächt worden sei.

b) Die innenpolitische Bedeutung des Gomułka-Schritts wird hoch bewertet. Es müsse ein Umerziehungsprozeß des Parteivolkes eingeleitet werden. Nach der jahrelangen Intransigenz sei es nicht leicht, den Kurswechsel plausibel zu machen. Andererseits käme der den Intentionen mancher Regionalparteisekretäre entgegen. Auf einem Empfang, den ich im Rahmen der Buchmesse gab, waren dieses Mal unter 200 Gästen Polen in der überwiegenden Mehrheit. Des häufigeren war zu hören, daß, nachdem Gomułka grünes Licht gegeben habe, man nun auch zu den Deutschen gehen könne.

5) Die von der Handelsvertretung vorgebrachte Annahme, daß die deutsch-sowjetischen Gespräche und das unbefriedigende Verhältnis zwischen Pankow und Warschau an dem Schritt Gomułkas mitgewirkt haben, scheint sich zu bestätigen.²

6) Mit Spannung wird die Stellungnahme des Bundeskanzlers zu der polnischen Initiative erwartet.³

2 Am 21. Mai 1969 übermittelte Ministerialdirigent BöX, Warschau, eine Analyse der Rede des Ersten Sekretärs des ZK der PVAP, Gomułka, vom 17. Mai 1969: „Von bisheriger Politik abweichende Meinungen dürften sich vor allem gegen Tendenz richten, Sicherheit des Landes in einseitiger Abstützung auf SU und Warschauer Pakt zu suchen. Dabei kann Kritik Auftrieb durch polnische Un gewißheit und Besorgnis über mögliche Ergebnisse deutsch-sowjetischer Gespräche erhalten haben. Gomulkas Aufforderung würde im Zusammenhang mit der Vorbereitung einer Europäischen Sicherheitskonferenz stehen, Ihm dürfte bewußt geworden sein, wie die polnische Presse erkennen läßt, daß das gegenwärtige deutsch-polnische Verhältnis sich für Verwirklichung dieser Konferenz als hinderlich erweist. Auch ist denkbar, daß Gomułka mit Vorschlag an Bundesrepublik gegenüber der DDR mehr Spielraum gewinnen will. Politische Beobachter in Warschau haben schon seit längerem [den] Eindruck, daß Polen sich von seiner rückhaltlosen Unterstützung der DDR-Politik wirtschaftlich mehr versprochen hatte. Mit Grenzinitiative könnte Gomułka Pankow andeuten wollen, daß, wenn die DDR weiterhin selbstsüchtig auf Wahrung ihrer eigenen Interessen bedacht bleibt, auch Polen zuerst an sich selber denken könnte.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 149; VS-Bd. 4456 (II A 5); B 150, Aktenkopien 1969.

3 Am 28. Mai 1969 führte Bundeskanzler Kiesinger vor der Hauptversammlung des Deutschen Städte tages aus: „Das, was damals im Regierungsprogramm gesagt worden ist, bleibt; daß wir Polens Si tuation verstehen, in sicheren Grenzen leben zu wollen; daß wir nicht daran denken, mit einer Gewaltpolitik oder Hinterlist etwa unsere Ziele verwirklichen zu wollen; daß wir allerdings sagen müssen – wie andere auch –, daß diese Frage erst in einem Friedensvertrag geregelt werden kann.

- 7) Kommentar jugoslawischen Botschafters⁴ zu Gomułka-Angebot: „Wir Kommunisten fordern anfangs immer das Maximum und sehen dann zu, wieviel wir durchsetzen können. Im polnischen Vorschlag stecken Möglichkeiten: Aufrechnung von Kriegs- und Vertreibungsschäden, Annäherung der beiden deutschen Staaten, vornehmlich in Richtung wirtschaftlicher engerer Verbindung und einer Normalisierung ihres Verhältnisses. Im übrigen geht es uns“, und dabei wandte er sich an den rumänischen Botschafter⁵, der sich an dem Gespräch beteiligte, „besser; denn nach dem polnischen Schritt einer versuchten Annäherung an die Bundesrepublik kann Gomułka uns keine Vorwürfe mehr machen. Vielleicht schneiden uns die Polen nicht mehr so wie bislang.“
- 8) Stellvertretender Außenminister Winiewicz unterrichtet westliche Botschafter einzeln und vertraulich, daß „Regierender Bürgermeister Westberlins“⁶ nach Polen eingeladen worden sei. Maßnahme wird als politisch bedeutender Akt dargestellt. Nähere Einzelheiten konnte ich noch nicht erfahren. In dieser Angelegenheit könne ich, wenn erforderlich, erst dann tätig werden, wenn mir eine Weisung über die Absichten der Bundesregierung erteilt wird.⁷
- 9) Ob sich die ersten Anzeichen einer veränderten politischen Haltung Polens gegenüber der Bundesrepublik fortsetzen werden, bleibt trotz aller Versicherungen meiner Gesprächspartner offen. Es wäre jedoch zu überlegen, ob Schritte deutscherseits erfolgen könnten, mit denen den pragmatischen Kräften eine Hilfestellung gegeben werden würde, die nicht den Eindruck einer Einmischung in innerpolnische Verhältnisse erweckte.

[gez.] BöX

VS-Bd. 4456 (II A 5)

Fortsetzung Fußnote von Seite 630

Aber ich habe später hinzugefügt, daß nichts uns hindert, schon vorher über eine mögliche Lösung miteinander zu sprechen, die von beiden Völkern akzeptiert werden kann. Ich bin bereit, mit Herrn Gomułka über eine solche Lösung zu sprechen.“ Vgl. DOKUMENTATION ZUR DEUTSCHLANDFRAGE, V, S. 573.

4 Arso Milatović.

5 Tiberiu Petrescu.

6 Klaus Schütz.

7 Am 24. Mai 1969 teilte Vortragender Legationsrat Arz von Straussenberg mit, daß der geplante Besuch des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Schütz, vom Auswärtigen Amt gebilligt werde. Der Berliner Senat habe „darauf hingewiesen, daß R[egierender] B[ürger]M[eister] auf Unterstützung durch Handelsvertretung zurückgreifen werde“. Vgl. den Drahterlaß Nr. 60; Referat II A 5, Bd. 1362.

Zum Besuch von Schütz in Polen vom 14. bis 16. Juni 1969 vgl. Dok. 202.

173

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Bahr

Pl 12/69 streng geheim

23. Mai 1969¹

Betr.: Gespräch in der Polnischen Militär-Mission Berlin am 21. Mai 1969

Teilnehmer von polnischer Seite: der Leiter der Polnischen Militär-Mission, Koperski, und sein Stellvertreter, Makossa, der zum Teil als Dolmetscher fungierte, da Koperski Deutsch nicht so gut spricht, wie er es versteht.

Dauer: zweieinhalb Stunden.

1) Koperski begann, man habe gehofft, das Wiener Gespräch² mit mir weiterführen zu können. Allerdings sei die Reaktion des Bundesaußenministers auf die Rede Gomulka enttäuschend gewesen.³ Die Antwort werde der Bedeutung der Rede in keiner Weise gerecht. Ich stellte klar, daß es sich um eine vorläufige Antwort des Bundesministers gehandelt habe, ausdrücklich als solche bezeichnet, da uns der volle Text der Gomulka-Rede bis zur Stunde noch nicht vorliege. Die Gesprächsteilnehmer verwiesen auf eine Reihe von Passagen, die den Eindruck erweckten, daß uns in der Tat wesentliche Teile der Rede noch unbekannt sind. Sie sagten mir zu, mir so schnell wie möglich eine autorisierte deutsche Übersetzung des vollen Wortlauts zuzustellen.⁴

2) Was die Bedeutung der Rede anlangt, wurde ein weiteres Mißverständnis klar: Eine Wahlrede wird in diesen Ländern nicht wie eine Wahlrede in unse-

1 Die Aufzeichnung wurde am 23. Mai 1969 von Ministerialdirektor Bahr über Staatssekretär Duckwitz an Bundesminister Brandt geleitet. Dazu vermerkte er: „Es ist vorgesehen, daß die Polen sich zur Fortsetzung melden. Es wird angeregt, diese Aufzeichnung auch dem Herrn Bundeskanzler in einer persönlichen Form zur Kenntnis zu bringen.“ Vgl. Archiv der sozialen Demokratie, Depositum Bahr, Box 388; B 150, Aktenkopien 1969.

Hat Duckwitz am 23. Mai 1969 vorgelegen.

Hat Brandt vorgelegen.

2 Am 9. Januar 1968 führte Ministerialdirektor Bahr in Wien ein Gespräch mit dem Geschäftsträger der polnischen Botschaft, Raczkowski. Vgl. dazu ZUFÄLLE AUF DEM WEG ZUR NEUEN OSTPOLITIK, S. 167–171.

3 Zur Rede des Ersten Sekretärs des ZK der PVAP, Gomulka, vom 17. Mai 1969 vgl. Dok. 172, besonders Anm. 1.

Am 19. Mai 1969 erklärte Bundesminister Brandt vor der Presse dazu: „Diese Äußerungen sind auch deswegen bemerkenswert, weil auf Polemik weitgehend verzichtet wurde. Die Auffassung der Bundesregierung zur Frage der polnischen Westgrenze ergibt sich aus der Regierungserklärung vom 13. Dezember 1966. [...] Darüber hinaus haben wir verschiedentlich betont, daß uns nichts daran hindern soll, schon vorher, also vor einem Friedensvertrag, eine beide Seiten befriedigende Lösung mit Polen gemeinsam zu erörtern und vorzubereiten.“ Brandt sagte weiter: „Ich möchte aber noch einmal unsere Bereitschaft unterstreichen, auch mit Polen Gewaltverzichtserklärungen in aller Form auszutauschen und damit die Vertrauensbasis zu schaffen, auf der dann auch die friedlichen Beziehungen zwischen den Staaten normalisiert werden können. Ein Gespräch zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Polnischen Republik könnte auch im Zusammenhang mit Fragen der europäischen Sicherheit von Nutzen sein. Ich halte es nicht für nützlich, unsere sachliche Gesprächsbereitschaft durch lange Erklärungen und Wiederholungen zu entwerten, und bitte um Verständnis, wenn ich mich auf diese Ausführungen beschränke. Allerdings muß ich in aller Offenheit hinzufügen, daß es für uns keinen Verzicht auf eine friedensvertragliche Regelung geben kann und daß wir dabei die berechtigten Interessen des deutschen Volkes zu vertreten haben.“ Vgl. EUROPA-ARCHIV 1969, D 321.

4 Dieser Satz wurde von Staatssekretär Duckwitz hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „Wichtig.“

rem Teil der Welt angesehen. Die beiden Polen erklärten wiederholt: Diese Rede Gomułka sei die Plattform für die Grundlinien der polnischen Außenpolitik für die nächsten Jahre. Die Tatsache der Zitierung eines westdeutschen Politikers in einem positiven Sinne habe in Polen selbst einen aufsehenerregenden Neuigkeitswert. Die Sachlichkeit und das Angebot selbst seien als sensationell empfunden worden. Man habe höhnische und bissige Bemerkungen dafür aus Ostberlin zu hören bekommen, aber Polen wolle einen ehrlichen Versuch machen, ob ein sinnvolles Gespräch mit der Bundesrepublik möglich sei.

Ich habe erwidert, daß ich in großer Offenheit sprechen wolle, um alle Mißverständnisse zu vermeiden. Wir hätten die Gomułka-Rede mit großem Mißtrauen betrachtet:

- a) Man könne sich schwer vorstellen, daß in Warschau unbekannt sei, daß die Handlungsfähigkeit der Bundesregierung vier Monate vor den Wahlen⁵ nicht sehr viel größer sei als die der amerikanischen Regierung zu einem ähnlichen Zeitpunkt.
- b) Wir hätten es uns abgewöhnt, auf positive Reaktionen aus Warschau zu warten nach unseren Erfahrungen seit Abgabe der Regierungserklärung vom 13. Dezember 1966⁶, und die Schwalbe einer Gomułka-Rede mache noch keinen Sommer.
- c) Unser Mißtrauen sei nicht geringer geworden durch die Tatsache, daß einseitig der Vizekanzler und die SPD, nicht aber der Bundeskanzler und die CDU positiv apostrophiert worden seien. Dies müsse den Eindruck eines Versuchs zur Differenzierung innerhalb der Koalition und einer Beeinflussung des Wahlkampfes machen.

Wenn der Außenminister dennoch sachlich und konstruktiv auf die Rede eingegangen sei, so müsse man dies in Warschau um so höher bewerten als einen Beweis, jede positive Möglichkeit zu einem deutsch-polnischen Gespräch aufzugreifen. Die einzelnen Vorhaltungen beantworteten die Polen wie folgt:

Zu a) Der Zeitpunkt der Gomułka-Rede habe sich bestimmt durch das in der Bundesrepublik nicht beachtete Faktum, daß in Polen Wahlen stattfinden⁷ vor den deutschen Wahlen. Eine derartige Grundsatzzerklärung sei also fällig gewesen. Außerdem lege man Wert darauf, einen eigenen Beitrag zu der in dem Budapester Appell formulierten Politik zu leisten. Dies entspreche auch polnischem Interesse.

Zu b) Wenn man heute auf die Formulierungen des Außenministers im März 1968⁸ eingehe, aber auch auf jüngere (bleibt nach Eingang des Wortlauts nach-

5 Die Wahlen zum Bundestag fanden am 28. September 1969 statt.

6 Für den Wortlaut der Regierungserklärung des Bundeskanzlers Kiesinger vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 63, S. 3656–3665.

7 Am 1. Juni 1969 fanden in Polen Parlamentswahlen statt.

8 Am 18. März 1968 führte Bundesminister Brandt auf dem Parteitag der SPD in Nürnberg aus: „Eine weitere Realität ist es, daß das deutsche Volk die Versöhnung gerade auch mit Polen will und braucht. Es will und es braucht sie, ohne zu wissen, wann es seine staatliche Einheit durch einen Friedensvertrag finden wird. Was ergibt sich daraus? Daraus ergibt sich die Anerkennung bzw. Respektierung der Oder-Neiße-Linie bis zur friedensvertraglichen Regelung. Es ergibt sich, daß die bestehenden Grenzen in Europa nicht durch Gewalt verändert werden dürfen und die Bundesrepublik zu entsprechend verbindlichen Übereinkünften bereit ist.“ Vgl. DzD V/2, S. 464.

zuprüfen), dann sei das ein Ergebnis einer veränderten Situation und Entwicklung. Im März 1968 hätte die schon damals für Polen vielleicht mehr als für die Bundesrepublik erkennbare komplizierte Entwicklung in der ČSSR dagegen gesprochen, ein weiteres kompliziertes Moment durch ein deutsch-polnisches Gespräch einzuführen. Es habe sich gezeigt, daß das Jahr 1968 ein schlechtes Jahr für das Ost-West-Gespräch in Europa gewesen sei.⁹ Nun aber stünden wir vor einer neuen Situation, zumal jetzt klar sei, daß das amerikanisch-sowjetische Gespräch stattfinden werde.

Zu c) Wir hätten in der Bundesrepublik offenbar nicht realisiert, welchen Eindruck die positive Zitierung eines westdeutschen Ministers innerhalb des sozialistischen Lagers gemacht habe. Es sei schwer genug, Brandt positiv zu zitieren, besonders gegenüber Ostberlin. Eine solche Zitierung Kiesingers würde den Eindruck erwecken, als wolle man seine Politik um 180 Grad wenden.

3) Ich habe den früheren Vorschlag erneuert zu einem intensiven Meinungsaustausch zwischen autorisierten Vertretern beider Regierungen, der auch, wenn das die polnische Regierung wolle, vertraulich sein könne. Von einer polnischen Antwort darauf, ebenso wie von der Prüfung des Wortlauts der Gomułka-Rede, werde unsere Einschätzung abhängen.

4) Zur Oder-Neiße-Linie begann ich mit der Erläuterung meines persönlichen Standpunktes, daß diese Frage auf polnischer Seite überschätzt werde. Entweder sei das in Polen auf geschichtliche Traumata zurückzuführen oder aber man sei sich doch nicht seiner Sache ganz sicher. Jedenfalls liege der Beweis für mich, daß der Oder-Neiße-Frage keine entscheidende Bedeutung zukomme, schon darin, daß eine wie von Polen gewünschte Anerkennung nicht zu diplomatischen Beziehungen führen würde, also nicht das entscheidende Hindernis zur Normalisierung sei.

Was den Standpunkt der Bundesregierung angehe, so könne ich nur – wie schon in Wien – sagen: Die endgültige Anerkennung komme nicht in Frage. Wir gingen nicht hinter Potsdam¹⁰ zurück. Was möglich sei, liege in der Politik des Gewaltverzichts, die ich im einzelnen unter Zitierung der Gomułka-Erklärung des Bundesministers erläuterte.

Die Antwort der beiden Polen darauf war uneinheitlich. Einerseits wurde angedeutet, daß eine Anerkennung der Oder-Neiße-Linie durch die BRD doch der entscheidende Punkt sein könne. Jedenfalls für Polen, da die anderen beiden Punkte (atomare Ambitionen/NV-Vertrag und Alleinvertretungsanspruch) auch die anderen Länder in Europa und darüber hinaus interessierten; andererseits wurde argumentiert, meine Ausführungen könnten die Einschätzung in Warschau verstetigen, daß die Bundesrepublik im Grunde doch revisionistische Absichten habe. Dieser Eindruck werde verstärkt durch Äußerungen namhafter Bundestagsmitglieder der CDU zu der Gomułka-Rede. Wenn Polen die Bedeutung der Frage überschätze, sei nicht einzusehen, warum die Bundesrepublik polnische Befürchtungen nicht ausräume. Einzelne Politiker aller Parteien äu-

⁹ Dieser Satz wurde von Staatssekretär Duckwitz hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „[f]ichtig.“

¹⁰ Für den Wortlaut des Kommuniqués vom 2. August 1945 über die Konferenz von Potsdam (Potsdamer Abkommen) vgl. DzD II/1, S. 2101–2148.

ßerten sich gegenüber polnischen Gesprächspartnern realistisch und redeten in der Öffentlichkeit anders. Dies verschärfe das Mißtrauen um so mehr, als der Bundesrepublik nicht entgangen sein könne, daß sie für ihren doktrinären Standpunkt im wörtlichen Sinne keinen einzigen Verbündeten in der Welt habe und der Hinweis auf innenpolitische Rücksichtnahme um so weniger überzeugen könne, als man es mit einer Großen Koalition zu tun habe. Wenn diese Regierung nicht den Mut oder die Ehrlichkeit habe, wisse man nicht, welche deutsche Bundesregierung den erforderlichen Schritt überhaupt tun könne.

Gomułka habe aus dem Buch des Bundesministers zitiert, daß Polen, dem Sinne nach, in einer gesicherten Ruhe leben wolle¹¹, und erklärt, daß dies genau das polnische Ziel sei. Diese Formulierung habe an die Regierungserklärung des Bundeskanzlers erinnert, die dann, wie die letzte Erklärung des Bundesministers, durch den Hinweis auf den Friedensvertrag relativiert worden sei. Ich erwidierte, daß der Gewaltverzicht Polen eine derartige Sicherheit geben könne, zumal die Polen doch selbst nicht glaubten, daß die endgültige Fixierung ihrer West-Grenze in einem Friedensvertrag für Deutschland etwas anderes als die Bestätigung der jetzigen Grenze geben würde. Außerdem wüßte niemand, wann es zu einem derartigen Friedensvertrag käme. Es sei schwer verständlich, wenn man von polnischer Seite das heute Erreichbare ausschlage für etwas Unerreichbares. Die Bundesrepublik könne nicht von dem Standpunkt abgehen, daß sie die Wiedervereinigung anstrebe und daß die Grenzen des vereinigten Deutschlands erst in einem Friedensvertrag festzulegen seien. Wenn die Oder-Neiße-Linie für Polen die eminente Bedeutung habe, so müsse der völkerrechtlich verbindliche Verzicht der Bundesrepublik auf Anwendung oder Androhung von Gewalt etwas bedeuten. Es bleibe im übrigen in den vorgeschlagenen Gesprächen festzustellen, auch durch den Vergleich von Formulierungsvorschlägen, ob nicht nach Inhalt und Form eine Einigung der beiderseitigen Wünsche erreichbar sei.

5) Zum Gewaltverzicht verwiesen die Gesprächspartner auf die Erklärungen, die der stellvertretende Außenminister Winiewicz gegenüber Herrn Böck gemacht hat (FS 112 vom 15.4.69, geheim)¹². Den Gewaltverzicht betrachte man als eine polnische Idee. Man würde wünschen, daß wir mit der DDR beginnen und daß dann bilaterale Verhandlungen mit anderen osteuropäischen Regierungen erfolgen. Ich habe darauf hingewiesen, daß die DDR in dieser Beziehung ein Störfaktor sei. Sie habe jetzt in aller Form die völkerrechtliche Anerkennung als Voraussetzung jeder Verhandlung gefordert.¹³ Wir hätten in unseren Ge-

11 Vgl. dazu Willy BRANDT, Friedenspolitik in Europa, Frankfurt/Main 1968, S. 115 f.

12 Vgl. Dok. 125.

13 Am 28. April 1969 führte das Mitglied des Politbüros der SED, Honecker, vor dem 10. Plenum des ZK der SED aus: „Die herrschenden Kräfte der westdeutschen Bundesrepublik sind es, die mit ihrer revanchistischen Politik die europäische Sicherheit blockieren und die auch alles unternehmen, um gegenwärtig den Weg zu einer Europäischen Sicherheitskonferenz, an der alle europäischen Staaten gleichberechtigt teilnehmen, zu verlegen. [...] Oder ist es etwas anderes als Räuber-moral, wenn Bonn für die Achtung der europäischen Grenzen, für die Anerkennung der Realitäten, vor allem für die völkerrechtliche Anerkennung sowie für friedliches Verhalten und echte Entspannung auch noch einen ‚Preis‘ verlangt? Diese Rechnung ist, wie schon viele in der Bonner Vergangenheit, ohne den Wirt gemacht. Die völkerrechtliche Anerkennung der Deutschen Demokratischen Republik ist nicht ein Objekt des Schachters, sondern die Voraussetzung, um gleichberechtigt miteinander verhandeln zu können.“ Vgl. NEUES DEUTSCHLAND vom 29. April 1969, S. 6.

waltverzichtsgesprächen der Sowjetunion klargemacht, daß das Erheben einer derartigen Forderung von uns verstanden werden müßte als ein Zeichen, daß die Sowjetunion den Gewaltverzicht nicht wolle. Die Sowjets hätten demgegenüber ausdrücklich darauf verwiesen, daß sie die völkerrechtliche Anerkennung der DDR durch die BRD nicht verlangten. Der Wortlaut des Budapester Appells habe dem Rechnung getragen. Wenn die DDR heute dennoch diese Forderung erhebe, so wolle sie entweder das Ganze torpedieren, die Basis von Budapest verlassen und/oder die anderen Partner des Warschauer Paktes zur Solidarität zwingen. Die Sowjets hätten uns seinerzeit erklärt, daß sie einen mit den Verbündeten abgestimmten Standpunkt einnehmen werden.

In der Antwort wurde klar, daß man polnischerseits die Sowjets nicht sehr gern als Gesprächsführer sieht. Zugleich wurde die Bemerkung, Honecker (in der Pravda) und andere hätten eben die Interessen der DDR vertreten, mit einer abwertenden Handbewegung begleitet. Polen lege jedenfalls Wert darauf, die Basis von Budapest zu erhalten und von ihr aus zu agieren.

6) Ich machte darauf aufmerksam, daß ein System bilateraler Gewaltverzichte ein wichtiger Schritt auf dem Wege zur europäischen Sicherheit sei. Die Polen bejahten das und zeigten Interesse an einem Gedankenaustausch über diese Fragen. Der Leiter des Planungsstabes im polnischen Außenministerium werde Botschafter in London.¹⁴ Ich schloß eine Begegnung mit seinem Nachfolger nach dessen Einarbeitung Ende des Jahres nicht aus, wenn der vorgeschlagene Gesprächskontakt zwischen beiden Regierungen dies als sinnvoll erscheinen lasse.

7) Die Frage, wie man am besten in Kontakt bleibe, beantwortete ich, daß einer der Herren jederzeit nach Bonn kommen könne. Auf den polnischen Einwand, daß man Wochen auf ein Visum warten müsse, entgegnete ich, daß über unsere Handelsvertretung in Warschau in Einzelfällen ein Visum sicher sehr schnell erteilt würde. Die Polen lächelten und meinten, einen solche Regelung sei vielleicht nicht nur für Ausnahmefälle nützlich. Ich regte an, daß das Thema der Visaerteilung durch unsere Handelsvertretung ebenfalls Gegenstand der vorgeschlagenen Besprechungen sein könnte. Die Polen nahmen dies mit der Bemerkung zur Kenntnis: Das könne jetzt möglich sein.¹⁵

Bahr

Archiv der sozialen Demokratie, Depositum Bahr, Box 388

14 Marian Dobrosielski.

15 In einer Begleitaufzeichnung vom 23. Mai 1969 für Bundesminister Brandt informierte Ministerialdirektor Bahr über weitere Inhalte des Gesprächs: „Die Polen erklärten, sie hätten Sorge, daß die sehr vorsichtigen Äußerungen von Herrn Brandt nach Rückkehr des Bundeskanzlers von diesem desavouiert werden könnten. Dies werde das Ende einer Bemühung von Seiten des ersten Mannes in Polen sein, der historische Bedeutung zukommen könnte, gerade nachdem es de Gaulle nicht mehr gäbe. Sie hätten außerdem angenommen, daß in dieser vorsichtigen Form eine solche Äußerung eine Hilfe für die SPD sei. Wenn sich das als Gegenteil herausstellte, so sei das auch bezeichnend für einen Zustand in der Bundesrepublik, der zu Mißtrauen berechtige. Auf eine direkte Frage, ob ich glaubte, positive Äußerungen über die SPD würden schaden oder nutzen, habe ich ebenso direkt geantwortet: ‚Sie würden schaden‘. Die Herren in Berlin glauben das auch und werden entsprechend berichten. Sie erkundigten sich nach den Wahlausichten. Ich habe geantwortet, daß im Augenblick die Wahrscheinlichkeit dafür spreche, daß die gegenwärtige Koalition fortgesetzt werde, weil ich annehme, daß der Einzug der NPD in den Bundestag eine entsprechende psychologische Wirkung haben werde.“ Vgl. Willy-Brandt-Archiv, Bestand Außenminister; B 150, Aktenkopien 1969.

Aufzeichnung des SPD-Abgeordneten Wischnewski

MB 1819/69 geheim

23. Mai 1969¹

Bericht über das Gespräch mit dem algerischen Außenminister Bouteflika am 21. Mai 1969 in Algier

Das Gespräch dauerte länger als 2½ Stunden und fand in einer ausgesprochen herzlichen Atmosphäre statt.

Es wurde vereinbart, daß das Gespräch im Inhalt und in bezug auf die beteiligten Personen völlig geheim bleiben müsse. Bouteflika habe Vertrauen in dieser Hinsicht, da ja auch das mit mir in New York geführte Gespräch² geheim geblieben sei. Es wurde vereinbart, meine Reise nach Algier nach außen als eine Privatreise zu erklären, bei der ich persönliche Freunde besucht hätte.

Bouteflika weist darauf hin, daß sich das politische Klima in der arabischen Welt seit unserem letzten Zusammentreffen in New York (November 1967) entscheidend geändert habe. Der sowjetische Einfluß in der VAR, in Syrien und im Irak sei entscheidend gewachsen. Man müsse damit rechnen, daß bei einem Regierungswechsel im Sudan auch dort die DDR anerkannt würde.

Die Bundesrepublik betreibe die Außenpolitik mit doppelter Moral: Die kommunistischen Länder dürften die DDR anerkennen, die Länder der Dritten Welt dürfen dies nicht. Diese Politik werde in vielen Ländern der Dritten Welt als diskriminierend empfunden.

Algerien billige den Schritt des Irak, die DDR anzuerkennen³, nicht. Ganz offensichtlich haben hier die Sowjets das Kurdenproblem⁴ ausgenutzt, um starken Druck auf Bagdad auszuüben. Algerien werde in dieser Frage loyal bleiben, da es für die Wiedervereinigung aller geteilten Länder eintrete. Allerdings werde der Druck der Sowjets in bezug auf die Anerkennung der DDR durch arabische Länder nun noch größer werden. Der sowjetische Geschäftsträger sei bereits vor drei Tagen bei ihm gewesen und habe in einer Note von Algerien die Anerkennung der DDR verlangt. Bagdad sei der Beweis dafür, sagte der sowjetische Geschäftsträger, daß die Bundesregierung überhaupt nichts unternehmen könne. Außerdem bitte Winzer seit längerer Zeit sehr dringend um einen Termin für einen Besuch in Algier. Man sei dem bisher aus dem Weg gegangen.

Auch die Zusammenarbeit Algeriens mit der Sowjetunion sei enger geworden. Das sei keine Angelegenheit des Herzens, sondern eine Frage der Vernunft. Man habe insbesondere den Wein verkaufen müssen, die Sowjetunion war bereit, ihn abzunehmen. Aber Algerien habe in keiner Weise seine Handlungsfreiheit verloren.

¹ Hat Bundesminister Brandt am 29. Mai 1969 vorgelegt.

Hat Staatssekretär Harkort und Ministerialdirektor Herbst am 6. Juni 1969 vorgelegt.

² Zu den Gesprächen am 26./27. November 1967 vgl. AAPD 1967, III, Dok. 410.

³ Zur Anerkennung der DDR durch den Irak am 30. April 1969 vgl. Dok. 148.

⁴ Vgl. dazu Dok. 227.

Seit unserem letzten Zusammentreffen in New York im November 1967 habe sich auch die algerische Politik entscheidend geändert. Früher wurde die algerische Außenpolitik von Prinzipien bestimmt, heute ausschließlich von den Interessen des Landes. Die Arabische Liga sei heute gleich Null und habe auf die algerische Politik nicht den geringsten Einfluß. Insbesondere der Generalsekretär der Liga, Hassouna, wurde von Bouteflika sehr negativ beurteilt. Auch habe man nicht die Absicht, sich nach der Politik der VAR zu richten. Im übrigen liege Algerien nicht im Mittleren Orient, sondern in Nordafrika. Seine Interessen seien weit mehr auf Europa ausgerichtet.

Bouteflika bedauerte, daß der in New York aufgenommene Dialog nicht fortgesetzt worden sei. Das liege daran, daß die Bundesrepublik keine konkreten Vorschläge gemacht habe. Wahrscheinlich hätte die Anerkennung der DDR durch Bagdad nicht verhindert werden können; aber es hätten heute schon wieder diplomatische Beziehungen zwischen Bonn und einigen arabischen Staaten bestehen können.

Algerien ist an einer engen Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik interessiert. Man könne nicht nur eine enge Zusammenarbeit mit Frankreich und der Sowjetunion haben. Für die Bundesrepublik bestehe jetzt die Möglichkeit, sich in Algerien zu engagieren.

Es gäbe viele Projekte, die man gemeinsam machen könne. Bouteflika hat sich dann sehr herzlich für die Hilfe bedankt, die von mir persönlich während und nach dem Kriege immer gewährt worden sei.⁵

Algerien brauche jetzt ganz dringend Kapitalhilfe und Technische Hilfe, außerdem müsse es um den Absatz seiner Produkte (insbesondere Öl und Erdgas) bemüht sein. Außerdem müssen in Europa noch mehr algerische Arbeitskräfte untergebracht werden.

Die Bundesrepublik müsse auf alle Fälle gegenüber den Flüchtlingen in Palästina eine positive Erklärung abgeben und gegebenenfalls auch materiell noch einmal etwas tun. Eine Geste sei in jedem Falle notwendig.

Wir waren uns einig, daß mit diesem Gespräch der Dialog von New York wieder aufgenommen ist. Ich habe vorgeschlagen, daß ich der Bundesregierung erst einmal berichte und dann gegebenenfalls so schnell wie möglich nach Algier zurückkehre. Auf meinen Vorschlag, auch ein Gespräch mit dem algerischen Staatspräsidenten⁶ zu führen, meinte Bouteflika, das solle man bei meinem nächsten Besuch tun. Er würde in der Zwischenzeit die notwendigen Vorbereitungen dafür treffen.

Der algerische Staatspräsident ist noch in derselben Nacht von dem Verlauf des Gespräches Bouteflika–Wischnewski unterrichtet worden.

Bouteflika begleitete mich nach dem Gespräch bis auf die Straße.

Aufgrund dieses Gespräches mit dem algerischen Außenminister mache ich folgende eigene Vorschläge:

⁵ Zu den Kontakten des SPD-Abgeordneten Wischnewski zur „Front de Libération Nationale“ in Algerien in den Jahren 1957 bis 1962 vgl. Hans-Jürgen WISCHNEWSKI, Mit Leidenschaft und Augenmaß. In Mogadischu und anderswo. Politische Memoiren, München 1989, S. 105–123.

⁶ Houari Boumedienne.

Die Sowjetunion wird nach dem gelungenen Versuch im Irak die anderen arabischen Länder in noch stärkerem Maße beeinflussen, um auch hier eine Anerkennung der DDR zu erreichen. Die Abwehrmöglichkeiten der Bundesrepublik sind durch den Abbruch der diplomatischen Beziehungen durch den größten Teil der arabischen Staaten sehr gering. Um so wichtiger ist es, in diesem Augenblick alle möglichen Anstrengungen zu unternehmen, die diplomatischen Beziehungen zu einem arabischen Staat wieder aufzunehmen, der es sich politisch leisten kann, beispielgebend zu sein und bei dem nicht die Gefahr besteht, daß die DDR gleichzeitig anerkannt wird.

Algerien scheint mir das zur Zeit einzige geeignete Land dafür zu sein.

Ich schlage deshalb folgendes vor:

- 1) Die Bundesregierung gibt eine positive Erklärung in bezug auf die palästinensischen Flüchtlinge und den Nahostkonflikt ab (Frieden ohne Annexionen) und überprüft in Zusammenarbeit mit der Regierung des Königreiches Jordanien die Möglichkeiten weiterer Hilfen für die Flüchtlinge.
 - 2) Die Bundesregierung gewährt Algerien Kapitalhilfe in Höhe von 500 Millionen DM zu günstigen Bedingungen (Rahmenzusage für vorwiegend industrielle Projekte).⁷
 - 3) Die Technische Hilfe für Algerien wird ausgeweitet.
 - 4) Die Bundesrepublik gewährt 30 000 algerischen Arbeitern die Möglichkeit zur Arbeitsaufnahme in der Bundesrepublik.
 - 5) Die Abnahme von algerischem Öl und Erdgas wird überprüft.
 - 6) Um die beiden algerischen Nachbarn, Tunesien und Marokko, nicht zu verärgern, sollte für beide Länder die Kapitalhilfe 1969 leicht angehoben werden.
 - 7) Die jährlichen Verhandlungen mit Israel müßten möglichst weit hinausgeschoben werden oder aber völlig geheim geführt werden. Die Bekanntgabe erneuter Kapitalhilfe an Israel in diesem Augenblick würde die Position der Bundesrepublik entscheidend erschweren.⁸
- Ein solcher Vorschlag wird nach meiner Meinung die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen⁹ ermöglichen. Sinn hat dieser Vorschlag nur dann, wenn er sofort in Angriff genommen wird. Aussicht auf Erfolg besteht nur dann, wenn die Angelegenheit absolut geheim bleibt.¹⁰

Wischnewski

VS-Bd. 8826 (III B 6)

⁷ Dieser Absatz wurde von Staatssekretär Harkort hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „Euphrat-Geld?“

⁸ Am 27. Mai 1969 machte Staatssekretär Harkort auf die besonderen Umstände aufmerksam, die dem Abschluß eines neuen Wirtschaftshilfeabkommens mit Israel 1969 unterlagen, und hielt fest: „Als ich neulich im Kabinett über die Aktion des Irak berichtete und dabei auf diese Gefahren vorsichtig hinwies, zeigte sich, daß der Herr Bundeskanzler und einige Minister eine Verminderung unserer diesjährigen Israel-Hilfe gleichwohl nicht erwägen.“ Vgl. VS-Bd. 8827 (III B 6); B 150, Aktenkopien 1969.

⁹ Algerien brach am 14. Mai 1965 die diplomatischen Beziehungen zur Bundesrepublik ab.

¹⁰ Auf einem Begleitvermerk notierte Staatssekretär Harkort handschriftlich: „Herr Wischnewski schlägt außerdem vor, der VAR Kredite für Getreide, Mehl, Kerosin zu geben. Ich habe ihn nach der Größenordnung befragt; er weiß auch nicht. Etwa 100 Mill[ionen] DM insgesamt.“ Am 2. Juni 1969 teilte Vortragender Legationsrat I. Klasse Ritzel Staatssekretär Duckwitz mit: